Termine
Themen
Texte

Heft 45 – November 2011

Herausgegeben von der
Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.

Unser Titelfoto zeigt:
Hochrangige Gäste würdigten die Erfolge der AktivRegionen und des shz-Medienprojektes "AktivRegionen 21" auf der Projektbörse „Wir machen Zukunft" am 18.6.2011 in Kiel.

Von links nach rechts: Dr. Juliane Rumpf (Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume), Helga Klindt (Vorsitzende der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.), Peter Harry Carstensen (Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein), Wolfgang Henze (Leiter des Medienprojektes „AktivRegionen 21"), Rainer Mohrmann (Stellvertretender Chefredakteur des shz-Verlages).

Impressum

Herausgeberin:
Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
Helga Klindt (V.i.S.d.P.)

Geschäftsstelle:
Hamburger Chaussee 25, 24220 Flintbek
Telefon: 0 43 47 - 704 - 800
Fax: 0 43 47 - 704 - 809
E-Mail: info@alr-sh.de
Internet: www.alr-sh.de

Redaktion: Dr. Ute Löding-Schwerdtfeger

Foto des Titelblattes: Torsten Sommer (ALR e.V.)

Druck: Heider Offsetdruckerei Pingel-Witte

Die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
Helga Klindt (Vorsitzende)
Jörg Bülow, Geschäftsführer des S.-H. Gemeindetages (stellv. Vorsitzender)
Dr. Aloys Altmann, Präs. des Landesrechnungshofes
Tim Brockmann
Birgit Feddersen
Friedemann Magaard
Petra Nicolaisen, MdL
Landrat Dr. Rolf-Oliver Schwemer

EDITORIAL

Das erste Jahr nach der Umorganisation der beiden in Flintbek ansässigen Akademien neigt sich dem Ende. Unser akademieeigenes Geschäft läuft trotz der vielen Veränderungen erfreulicherweise sehr gut weiter. Der neu zusammengesetzte Vorstand hat seine Arbeit aufgenommen und sich mit den künftigen Arbeitsstrukturen und Aufgabenschwerpunkten der ALR befasst. Wir sind uns darüber einig, dass die Akademie ihre Stärken weiter positionieren muss, um als eigenständiger unabhängiger Verein auch weiterhin sichtbar zu bleiben.

Bedauerlicherweise hat unser geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Horst Müller, sein Amt Ende Februar niedergelegt. Herr Müller hat sich in den knapp 7 Jahren seiner Tätigkeit sehr für die ALR e.V. verdient gemacht, so zuletzt bei den intensiven Verhandlungen im Zuge der Umorganisation der beiden Akademien. Wir danken ihm an dieser Stelle für seinen unermüdlichen Einsatz!

Unsere langjährige Mitarbeiterin Frau Weigert ist im Zuge der Umorganisation zum Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume gewechselt. Auch ihr gilt unser Dank!

Der Bedarf für Anpassung und Neustrukturierung der Geschäftsstellenarbeit war somit groß. Wir haben ein Modell gefunden. Demnach übernimmt der Vorstand satzungsgemäß als Organ – ohne sich Dritter zu bedienen – die Geschäftsführung des Vereins. Die Schnittstelle zwischen Vorstand und Geschäftsstelle unterstütze ich, als Vorsitzende der ALR, durch regelmäßige Dienstbesprechungen und Mitarbeit bei Bedarf. Die interne Leitung der Geschäftsstelle obliegt unserem hauptamtlichen Referenten Torsten Sommer, der auch das Regionen-Netzwerk Schleswig-Holstein betreut. Neu dazu gekommen ist Frau Dr. Löding-Schwerdtfeger, unsere ehemalige Mitarbeiterin, die vielen von Ihnen sicher noch bekannt ist und seit Juni in Teilzeit in der Geschäftsstelle mitarbeitet.

Neben dem Geschäftsstellenbetrieb, Mitarbeit in Gremien und verschiedenen Veranstaltungsaktivitäten ist es uns gelungen, darüber hinaus in diesem Jahr unseren Internetauftritt zu überarbeiten. Schauen Sie doch unter www.alr-sh.de gerne mal herein, dort finden Sie unter „Aktuelles“ z.B. die wenige Tage alten Entwürfe für die neue europäische ELER Verordnung in deutscher Fassung. Derzeit bringen wir unsere Präsentationsmedien auf den neuesten Stand, wovon Sie sich

auf der Mitgliederversammlung am 14.12.2011 ein Bild machen können. Das Regionen-Netzwerk ist auch im 3. Jahr mit vielfältigen Aktivitäten zur Unterstützung der AktivRegionen ausgelastet. Die positiven Rückmeldungen der 21 Regionen zur Mitfinanzierung der Netzwerkarbeit in den Jahren 2012-2014 geben uns eine Bestätigung, dass wir hier auf einem guten Weg sind.
Die Kooperation mit dem Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume nimmt zunehmend Gestalt an. Unsere Akademie ist im Vorstand mit Herrn Bülow und meiner Person vertreten. Viele Sitzungen waren erforderlich, denn wichtige organisatorische und inhaltliche Fragen im Zuge der Etablierung der neuen Einrichtung mussten geklärt werden. Ein Leitbild für die neue Einrichtung wurde entwickelt und derzeit laufen die Abstimmungen zur Programmplanung 2012. Es war uns möglich verschiedene Veranstaltungsthemen einzubringen und zusammen mit den neuen Mitgliedern des Kuratoriums die Themen der ländlichen Räume angemessen zu platzieren.
Hinter uns liegt ein veränderungsreicher und arbeitsintensiver Prozess, in dessen Verlauf unsere Akademie die Möglichkeiten zur Stärkung und Profilierung gesucht und genutzt hat.

Das erste Jahr bestärkt uns in der Einschätzung, dass wir gut aufgestellt sind und Vorstand und Geschäftsstelle schauen zuversichtlich in die Zukunft!

Für Rückmeldungen und/oder Anregungen Ihrerseits sind wir wie immer offen und dankbar.

Als wichtige Themen für die Arbeit unserer Akademie hat der Vorstand die Themen Nahversorgung, Demografie, Gesundheit und Bildung benannt. Natürlich verlieren wir auch nicht die Zukunft der europäischen Förderpolitik aus den Augen, die in diesem TTT mit einem Textbeitrag zu den Verhandlungen in der EU über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen und einem Beitrag zu den vor wenigen Tagen öffentlich gewordenen Entwürfen der neuen ELER-Verordnung ausführlich behandelt wird. Bezüglich der Umsetzung der neuen ELER-Verordnung sind noch viele Fragen offen, doch schon jetzt ist unstrittig, dass der LEADER – Ansatz fortgeführt, ja sogar deutlich gestärkt wird. Die Arbeit der AktivRegionen kann somit fortgeführt werden. Unsere Akademie wird sich, insbesondere über das Regionen-Netzwerk, auch zukünftig in diesen landesweiten Prozess einbringen und wir hoffen, darüber auch in der nächsten Förderperiode die Ländliche Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein mitgestalten zu können.

Es geht also weiter – unterstützen Sie uns dabei!

Helga Klindt
Vorsitzende der ALR

In diesem Heft:

Editorial 3

Termine 6

Themen

Die AktivRegionen werden gestärkt! 11
Norderstedt wird Stadt des Schleswig-Holstein-Tages 2012 13
Regionale Vernetzung – MarktTreff denkt mit 14
Fachtagung der Kassenärztlichen Vereinigung SH (KV)
und des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages am 14.09.11 16
Kommunen werden für Landärzte kreativ 18
17. Dorfsymposium des Interdisziplinären Arbeitskreises Dorfentwicklung
„Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft“
2. – 4. Mai 2010 19
BAGSO-Befragung „Alternsfreundliche Stadt“ 22
Senioren- und Verbraucherverbände fordern den Erhalt
des Förderprogramms „Altersgerecht Umbauen“ 23

Aus der Arbeit der Akademie

Preis der ALR 2011 25
ALR unterstützt Projekt Pferde- und Reiterland Schleswig-Holstein 25
Neuer Internetauftritt der ALR 27
Wege mit Aussichten 27
Regionen-Netzwerk Schleswig-Holstein –
ein Projekt auf Erfolgskurs Rückblick auf das dritte Jahr Netzwerkarbeit 29
Mitgliederversammlung 31
Den Lebensabend selbst gestalten 31

Europa aktuell

2012 soll Europäisches Jahr für aktives Altern werden 33
Initiativen der Strategie Europa 2020 34
Jugend in Bewegung 35
Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten 36
Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung 37
Dänemarkstrategie der Landesregierung 38
Nordseeraumprogramm mit einer Premiere 38
Neue Projektbewilligungen im Ostseeraumprogramm 39
Projekt RENREN drückt aufs Tempo 40

Literaturtipps 41

Texte

Dr. Peter Becker:
EU-Finanzverhandlungen: Neue Herausforderungen – alte Konflikte 49

Adressenverzeichnis der Veranstalter 59

TERMINE

Veranstaltungen der ALR finden Sie immer aktuell im Internet unter www.alr-sh.de/Veranstaltungen

November 2011

Seminar
10.11.

Wege mit Aussichten. Neue Wertschätzung für ländliche Wege in der Praxis – Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Eigeninitiative – Erfahrungen aus einem Modellprojekt

Ort: Hohes Arsenal, Rendsburg

Veranstalter: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Einladung und Anmeldung: s. www.alr-sh.de

Seminar
17.11.

Neue Fördermöglichkeiten durch neue Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Health Check Maßnahmen (Klimawandel, Erneuerbare Energie) in Schleswig-Holstein

Ort und Zeit:
Bad Bramstedt, Bleeck 16, Schlosssaal; 18.00 – 20.00 Uhr

Veranstalter: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Einladung und Anmeldung: s. www.alr-sh.de

Gemeindeseminar
17.11.

Bedarfsplanung Kindertagesstätten/Koordinierung mit der Grundschulentwicklung

Ort: Nordseeakademie Leck, Flensburger Str. 18, 25917 Leck

Veranstalter: Nordseeakademie Leck

Seminar
18. – 20. 11. **Ist Europa noch zu retten?**

Ort: Sankelmark

Veranstalter: Europäische Akademie Schleswig-Holstein

Seminargebühr: 85,00 bis 135,00 €

Seminar
22.11. **Neue Fördermöglichkeiten durch neue Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Health Check Maßnahmen (Klimawandel, Erneuerbare Energie) in Schleswig-Holstein**

Ort und Zeit: Eggebek, Hauptstraße 2, Dienstleistungszentrum; 18.00 – 20.00 Uhr

Veranstalter: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Einladung und Anmeldung: s. www.alr-sh.de

Seminar
24.11. **Europäische Förderung nach 2013 – Perspektiven für Schleswig-Holstein**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek

Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume in Zusammenarbeit mit der Europa-Union Schleswig-Holstein und der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Bürgergespräch
28.11. **Bürgergespräch mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen in der AktivRegion Holsteins Herz**

Beginn: 19.00 Uhr

Ort: Gymnasium in Trittau, Heinrich-Hertz-Str. 7, 22946 Trittau

Veranstalter: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag zusammen mit der LAG AktivRegion Holsteins Herz

Dezember 2011

Seminar

02.12. **Naturschutztag Schleswig-Holstein 2011**
Was ist (uns) die Natur wert?

Ort: Sparkassenakademie Kiel

Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes S-H und dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Mitgliederversammlung der ALR

14.12. **15.00 – 17.00 Uhr**

Ort: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Kiel, Schleswig-Holstein Saal

Veranstalter: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Verleihung des Preises der ALR

14.12. **17.00 – 18.00 Uhr**

Ort: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Kiel, Schleswig-Holstein Saal

Veranstalter: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Parlamentarischer Abend zum Thema „Bildung im Ländlichen Raum“

14.12. **18.30 – 20.30 Uhr**

Ort: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Kiel

Veranstalter: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Dezember 2011

Januar 2012

Bürgergespräch

10.01. **Bürgergespräch mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen in der LAG AktivRegion Hügelland am Ostseestrand**

Beginn: 19.00 Uhr

Ort: Bürgerbegegnungsstätte, Dorfstr. 56, 24244 Felm

Veranstalter: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag zusammen mit der LAG AktivRegion Hügelland am Ostseestrand

Begleitveranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung

26.01. **Wandel in den Köpfen!? – Wie kann man Veränderungen zu Erfolgen führen?**

Ort: Messezentrum ICC, Berlin

Veranstalter: Arge Ländlicher Raum

Bürgergespräch

31.01. **Bürgergespräch mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen in der LAG AktivRegion Nordfriesland Nord**

Beginn: 19.00 Uhr

Ort: Christian Jensen Kolleg, Kirchenstr. 4-13, 25821 Breklum

Veranstalter: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag zusammen mit der LAG AktivRegion Nordfriesland Nord

März 2012

Seminar
01.03. **Mobilität im ländlichen Raum**

Ort: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Flintbek

Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume in Zusammenarbeit mit der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.,

Anmeldung erst im nächsten Jahr

Teilnahmebeitrag: 25 €

Seminar
20.03. **Zukunft Dorf: Innenentwicklung gestalten, Lebensqualität erhalten**

Ort: im Landkrug Nortorf

Veranstalter: Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume in Zusammenarbeit mit der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.,

Anmeldung erst im nächsten Jahr

Teilnahmebeitrag: 25 €

Wir brauchen Ihre Mitarbeit!

Ein interessantes Mitgliederheft lebt
vom Engagement seiner Leserschaft.

Bitte senden Sie uns Berichte, Informationen und Hinweise aus Ihrer Arbeit, die auch anderen Mitgliedern Anregungen geben könnten.

Leserbriefe nehmen wir ebenfalls gern entgegen.

Der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
ist der **30. April 2012.**

THEMEN

Erste Einschätzungen zur EU-Förderung nach 2014 bis 2020: Die AktivRegionen werden gestärkt!

Die EU-Kommission hat ihre Vorschläge für die Verordnungen zur EU-Strukturpolitik 2014 bis 2020 Mitte Oktober 2011 veröffentlicht. Darunter ist auch der Vorschlag für die neue ELER-Verordnung - eine wichtige Grundlage für die Förderung der ländlichen Entwicklung.

Die Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, in der kommenden Förderperiode ihre verschiedenen strukturpolitischen Instrumente besser aufeinander abzustimmen – und zwar im Sinne der **Strategie Europa 2020** für ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“.

Um eine Vereinheitlichung zu ermöglichen, wurde ein **G**emeinsamer **S**trategischer **R**ahmen für verschiedene Programme erarbeitet (**GSR-Fonds** genannt). Eingebunden sind unter anderem der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Für diese Programme wurden im GSR-Fonds thematische Ziele formuliert, die sich auf die Strategie Europa 2020 stützen. Auf dieser Grundlage sollen so genannte **Partnerschaftsvereinbarungen** zwischen jedem Mitgliedsstaat und der EU über die zu erbringenden Leistungen abgeschlossen werden.

In der neuen **ELER-Verordnung ab 2014** wurden in diesem Zusammenhang folgende sechs **Hauptziele („Prioritäten“)** formuliert, an denen sich die Länderprogramme mit ihren Maßnahmen ausrichten sollen:

1. Wissenstransfer und Innovation
2. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
3. Verbesserung der Organisation der Wertschöpfungskette für die Lebensmittelversorgung und des Risikomanagements
4. Wiederherstellung, Schutz und Verbesserung von Ökosystemen

5. Verbesserung der Ressourceneffizienz und Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft
6. Verbesserung der sozialen Teilhabe, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume

Zurzeit laufen die Beratungen zu den verschiedenen Verordnungsvorschlägen auf allen Ebenen (z.B. Europäischer Rat, EU-Parlament) auf Hochtouren. Der Teufel steckt in vielen Details und es besteht noch erheblicher Diskussionsbedarf, der zahlreiche Änderungen erwarten lässt. Die grobe Linie wird allerdings sicher beibehalten werden.

Welche Änderungen/Aussagen lassen sich für die ländliche Entwicklung in Schleswig-Holstein zurzeit ablesen?

• Der **LEADER-Ansatz** soll beibehalten und sogar deutlich gestärkt werden – dies bedeutet, dass auch die Strategie der AktivRegionen in Schleswig-Holstein fortgesetzt werden kann:

- LEADER kann künftig – wie von vielen Akteuren gefordert – **fondsübergreifend** umgesetzt werden. Die LAG AktivRegionen können sich mit ihren Strategien dadurch thematisch wesentlich breiter aufstellen. Hier ist die Frage des federführenden Fonds zu klären.
- Die Handlungs- und Entscheidungskompetenzen der LAGn sollen erweitert werden. Die formalen Anforderungen an die LEADER-Strategien werden damit erheblich ansteigen, ebenso an Evaluierung und das Berichtswesen. Dies bedeutet eine deutlich höhere Verantwortung und damit **wachsende Anforderungen an die LAGn und das Management**.
- Bei LEADER hat die EU eine Anhebung der **ELER-Beteiligung** von bisher 55% auf bis zu **80% der öffentlichen Ausgaben** vorgeschlagen. Im Gegensatz dazu liegt die ELER-Beteiligung bei fast allen Maßnahmen bei bis zu 50%.
- Nur für den Bereich LEADER wurde ein **Mindestanteil von 5%** des insgesamt für ELER von 2014-2020 vorgesehenen Betrags festgesetzt.

• Künftig werden im Rahmen von ELER die Möglichkeiten zur **Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)** in ländlichen Räumen erheblich erweitert. Neu ist z.B. die Gewährung von **Existenzgründungsbeihilfen** für Kleinst- und Kleinbetriebe.

• Im Rahmen von ELER kann die Förderung der **Breitbandinfrastruktur** fortgesetzt werden.

- Das Anliegen, die erforderliche **öffentliche Kofinanzierung** der ELER-Mittel auf den Einsatz privater Mittel zu erweitern, wurde bisher leider nicht umgesetzt. Allerdings ist in diesem Bereich auch keine Vereinheitlichung mit den Vorschriften von EFRE und ESF erfolgt, die beide noch größere Spielräume haben. Hier muss auf eine Angleichung der Regeln hingewirkt werden.

Zeitliche Perspektiven

Die EU-Kommission hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, die Verordnungen bis Anfang 2012 zu verabschieden. Damit wäre dann der inhaltliche Rahmen festgelegt und die Mitgliedsstaaten könnten in Beratungen mit der EU zur Umsetzung der Vorgaben eintreten, u.a. gehört dazu der Abschluss einer fondsübergreifenden Partnervereinbarung mit der EU-Kommission.

Die Verabschiedung des finanziellen Rahmens für die einzelnen EU-Strukturfonds wird aber frühestens ab Herbst 2012 erwartet, da es um die Verteilung des Budgets noch erhebliche Kämpfe gibt.

Die Verordnungsvorschläge sind sowohl auf dem Server der Europäischen Kommission (www.ec.europa.eu) als auch auf der Internetseite der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. zu finden.

Christina Pfeiffer, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Norderstedt wird Stadt des Schleswig-Holstein-Tages 2012 Bewerbungsfrist für Vereine und Verbände beginnt

Die Ungewissheit ist vorbei: Am 24. August 2011 gaben Jutta Kürtz, Landesvorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, und Martin Kayenburg, Vorsitzender des Landeskuratoriums Schleswig-Holstein-Tag auf einer Pressekonferenz in Norderstedt bekannt, dass der Schleswig-Holstein-Tag 2012 vom 8. bis zum 10. Juni auf dem Gelände der Landesgartenschau in Norderstedt stattfinden wird.

Nur durch eine große Beteiligung der Vereine, Verbände und Institutionen unseres Landes wird der

Schleswig-Holstein-Tag 2012 zu einem fröhlichen und bunten Fest des Ehrenamtes. Vom 24. August bis zum 31. Dezember 2011 sind Sie herzlich eingeladen, sich für das Landesfest 2012 zu bewerben.

Das Anmeldeformular finden Sie im Downloadbereich dieser Homepage http://www.shtag.de/.

Regionale Vernetzung – MarktTreff denkt mit

Kiel MT 11.08.2011 - Die Gestaltung zukunftsfähiger Lebensbedingungen auf dem Lande beschäftigte zwei Studierendengruppen der Hamburger HafenCity Universität (HCU). Seit Herbst 2010 entwickelten die Studenten des sechsten Semesters unter der Betreuung von Prof. Dr.-Ing. Thomas Krüger Konzepte zur Daseinsvorsorge für die Ämter Wilster und Eiderstedt. Das Projekt geht zurück auf eine Initiative des MarktTreff-Teams und von Vertretern der AktivRegionen. Aktuell vorgestellt wurden die Ergebnisse zu einem „Regionalen Kooperationsprojekt" auf der Halbinsel Eiderstedt im Alten Rathaus der Gemeinde Garding.

Die rund 45 Zuhörer waren sichtlich überrascht wie umfassend sich die HCU-Gruppe von Alina Dukardt, Mareike Kappenberg, Yasmin Manderbach, Alexandra Quast, Torsten Flaegel, Delir Goorab und Jan Wachholz mit den regionalen Gegebenheiten, Wünschen und Chancen auseinandergesetzt hat. In Workshops und in Bürgermeisterrunden,

Prof. Dr.-Ing. Thomas Krüger, Bürgermeister Ranjet Biermann, Amtsdirektor Herbert Lorenzen (v. r. n. l.) mit Studenten der HCU vor dem Alten Rathaus in Garding

mit Interviews und bei einem Messebesuch gingen sie der Frage nach „Wie können soziale Strukturen auf dem Land erhalten und weiter entwickelt werden?" Zur Vorstellung

der Antworten erschienen waren unter anderem Amtsdirektor Herbert Lorenzen sowie fast alle Bürgermeister der Amtsgemeinden, Repräsentanten des Fördervereins Kunst und Kultur Garding/Eiderstedt sowie des Eiderstedter Forums, Mitarbeiter des Amtes und Stadtvertreter aus Garding. Gardings Bürgermeister Ranjet Biermann zeigte sich „stolz, dass sich die HafenCity Universität des Themas angenommen hat".

Der Studie zufolge solle man den anstehenden Problemen, insbesondere ausgelöst durch den demografischen Wandel, durch neue Lösungsansätze begegnen. „Kooperation" sei unumgänglich, mit „Kirchturmdenken" allein würde man nicht weiterkommen, dafür seien die sich abzeichnenden Veränderungen zu elementar. Künftig solle man auf die "Vernetzung verschiedener Institutionen sowie eine gemeinsame Kommunikations-Plattform" setzen. Dazu sei die "Beteiligung sämtlicher kommunaler und interkommunaler Akteure sowie ehrenamtliches Engagement" notwendig. Zur Umsetzung sowie zum Zeitplan machten die Studenten konkrete Vorschläge: Die Gründung eines Trägervereins, ein griffiger Name, wie "FriesenNetz oder EiderNett", ein attraktives Erscheinungsbild mit entsprechenden Medien solle bis Sommer 2012 realisiert werden.

Beeindruckt waren die Zuhörer von den beispielhaft vorgeschlagenen Startprojekten der regionalen Kooperation: Ein Seniorencafé, mit Speisen nach alten Rezepten, ein "Bürgerbus", betrieben von engagierten Bürgern, Themennachmittage und gesundes Kochen für Kinder und Jugendliche.

Amtsdirektor Lorenzen nannte das Konzept "handfest und sogleich umsetzbar". Wichtig war den Studenten die abschließende Empfehlung: „Es geht hier nicht allein um Garding, wir wollen damit alle Orte der Region stärken."

Um neue Wege der Kooperation geht es auch den Gemeinden Wester-Ohrstedt und Schwesing (Kreis Nordfriesland), die an einem gemeinsamen MarktTreff-Modell arbeiten. Dabei ist man in Schwesing einen großen Schritt vorangekommen. In seiner jüngsten Sitzung verständigte sich der Gemeinderat von Schwesing auf einen möglichen MarktTreff-Neubau. Die ursprünglich angedachte Nutzung der ehemaligen Schule war von den betreuenden Architekten als zu kostenintensiv und nicht zukunftsfähig verworfen worden. Die Neubaulösung sei günstiger, effizienter und böte mehr Möglichkeiten einer multifunktionalen Nutzung zum Einkaufen sowie für Kurse und Veranstaltungen.

Quelle: Mitteilungen aus dem MarktTreff–Projekt (www.markttreff-sh.de)

„Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“ Fachtagung der Kassenärztlichen Vereinigung SH (KV) und des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages am 14.09.11

Zweigpraxis rettet den Landarzt

Während in der Hauptstadt über Landärzte-Mangel debattiert wird, handelt die Basis: Ein Dorf in Nordfriesland fand mit viel Kreativität einen neuen Arzt. Die dafür gegründete "Arbeitsgemeinschaft Arztnachfolge" investierte in ein nagelneues Ärztehaus.

JOLDELUND. Für eine 700 Einwohner-Gemeinde hat Joldelund viel zu bieten: Eine Schule, einen Kindergarten, eine Bankfiliale, einen Gasthof, eine Bäckerei – und eine Arztpraxis. Dieser wichtige Teil der ländlichen Infrastruktur drohte jedoch wegzubrechen, als Dr. Harald Paulsen nach langjähriger Landarzttätigkeit im vergangenen Jahr seine Praxis aufgeben wollte. Joldelund und seine umliegenden Gemeinden wurden aktiv und gründeten die "Arbeitsgemeinschaft Arztnachfolge Dr. Paulsen".

Heute können die Nordfriesen aufatmen: Sie haben ein neues Ärztehaus errichtet und mit Matthias Ernst einen jungen Arzt gefunden, der hier eine Zweigpraxis betreibt – und langfristig bleiben möchte. Paulsen wird von Bürgermeister Reiner Hansen als Landarzt alter Schule im positiven Sinne beschrieben. Er praktizierte im Wohnhaus, war stets für seine Patienten da und bei Bedarf konnten seine Praxismitarbeiterinnen ihn auch am Wochenende anrufen, wenn ihnen ein Patient von Problemen berichtete.

Junger Arzt mit viel Engagement

Wenn der 35-jährige Arzt Matthias Ernst so etwas hört, zollt er seinem Vorgänger Respekt. Stellt zugleich aber klar, dass so etwas für ihn nicht in Frage kommt. So wie Paulsen für seine Generation von Landärzten steht, ist Ernst ein typischer Vertreter der jungen Ärztegeneration, mit viel Engagement, dem er aber bewusst zeitliche Grenzen setzt.

Dem Bürgermeister und seinen Mitstreitern in der Gemeindevertretung von Joldelund war schnell klar, dass sie einen Landarzt alter Prägung nicht mehr erwarten können - wenn sie denn überhaupt einen finden. Das versuchten sie zunächst durch bundesweit verteilte Plakate, Anzeigen und Schreiben an das Kieler Gesundheitsministerium, KV und Kreis Nordfriesland.

Weil auch die umliegenden Gemeinden betroffen waren – die nächsten Landarztpraxen sind rund 15 Kilo-

meter entfernt - fanden sie sich zur Arbeitsgemeinschaft zusammen und suchten gemeinsam. "Es gab zwar einige Interessenten, aber uns war auch das Risiko bewusst, dass vielleicht gar kein Arzt mehr in Joldelund praktizieren würde“, so Bürgermeister Reiner Hansen.
Einen Ausweg bot das Modell der Zweigpraxis, auf das die KV Schleswig-Holstein Praxen in der Region hinwies. Auch die Doppelpraxis von Matthias Ernst und Urs Philipzig in Bredstedt wurde dadurch auf Joldelund aufmerksam. "Eigentlich hatte ich vorwiegend Interesse an dem Kassenarztsitz, aber nicht an der Praxis in Joldelund", sagt Ernst.

„Ich fahre gerne hier raus.“

Er einigte sich mit Paulsen, dass er mindestens ein halbes Jahr lang eine Zweigpraxis in Joldelund aufrecht erhalten würde. Während dieser Zeit praktizierte Ernst am alten Praxisstandort – ein großes Entgegenkommen des abgebenden Arztes, der durch die Nachfolgersuche nicht nur länger praktizierte als geplant, sondern weiterhin hautnah das Praxisgeschehen in seinem Wohnhaus miterlebte.
Dieser Zustand war für den erfahrenen und den jungen Arzt gleichermaßen langfristig keine Lösung. Zugleich spürte Ernst, dass die heimliche Hoffnung der Joldelunder aufging: Die Patienten wuchsen dem Arzt nach und nach ans Herz und die Tätigkeit in dem kleinen Ort machte ihm Spaß. Irgendwann stellte er fest: "Ich fahre gerne hier raus."
Doch zunächst musste ein finanzielles Problem gelöst werden: Die Gemeinschaftspraxis in Bredstedt schöpfte schon ohne die Zweigpraxis ihr Budget aus. Die Patienten in Joldelund wurden zusätzlich behandelt und das Honorar abgestaffelt. Dadurch bekam Ernst für seine Zweigstellentätigkeit nur noch neun Euro pro Patient - und das Projekt Zweigpraxis wurde für die Gemeinschaftspraxis aus finanzieller Sicht uninteressant.
An dieser Stelle griff erneut die KV ein und signalisierte den Bredtstedter Ärzten, dass sie die Abstaffelung für Joldelund aufheben würde, wenn es zu einer langfristigen Lösung kommt. Die aber war am alten Praxisstandort nicht möglich.

Neuer Praxisstandort mit zwei Sprechzimmern

Ernst suchte erneut das Gespräch mit der Gemeinde. Diese erkannte ihre Chance auf einen langfristigen Verbleib. Dafür musste ein neuer Praxisstandort gefunden werden. Weil alle Lösungen in bestehenden Gebäuden Schwächen hatten, und andere Gemeinden bereits Offerten an den umworbenen Arzt machten, entschloss man sich zum Neubau.
Ein günstig erworbenes Grundstück war schnell gefunden, nun wurde der Arzt nach seinen Wünschen und

Bedingungen gefragt. 650 Euro Miete waren seine Obergrenze. Ziel waren zwei Sprechzimmer mit den üblichen erforderlichen Nebenräumen wie Wartebereich, Sozialraum, Anmeldung.
Die Joldelunder rechneten von der Miete ausgehend, was sie dafür bauen konnten. Die Investitionssumme betrug rund 153.000 Euro, die langfristig über die Miete abgetragen wird. Heraus kam eine voll ausgestattete Landarztpraxis mit 100 Quadratmeter Grundfläche, die ausschließlich der Arzt als Mieter nutzt. Große Verpflichtungen geht er damit nicht ein, beide Seiten verständigten sich auf eine halbjährliche Kündigungsfrist. Damit sind nun für Ernst alle Bedingungen erfüllt, die er für eine langfristige Tätigkeit in Joldelund braucht.

Unterstützung von AktivRegion Nordfriesland

Die finanziell nicht auf Rosen gebettete Gemeinde erlebte dann eine Überraschung: Sie wurde für ihr Engagement von der Initiative AktivRegion Nordfriesland belohnt. Die bezuschusst die Investition in das Ärztehaus mit bis zu 66.000 Euro. Abhängig ist die Förderung, die auf zwölf Jahre verteilt wird, von der Tätigkeit eines Arztes in dem Haus.
Ernst fühlt sich in seinem neuen Mietobjekt in Joldelund inzwischen so wohl, dass er über diesen Zeitraum hinaus denkt. "Meine Vision ist, die Gemeinschaftspraxis in Bredstedt personell auszubauen und die Präsenz in Joldelund zu verstärken."
Mittelfristig muss er sich aber zunächst Gedanken um einen Nachfolger seines Praxispartners in Bredstedt machen, dann über zusätzliche Mitstreiter. Ernst pflegt dazu Kontakte zu früheren Klinikkollegen, freut sich aber auch über neue Interessenten.
Die kreative Lösung in Joldelund könnte Schule machen. In einer Regionalkonferenz der KV zum Thema landärztliche Versorgung präsentierte Bürgermeister Hansen auf Einladung der KV das dortige Modell anderen kommunalen Entscheidungsträgern.

Aus: Newsletter der Ärzte-Zeitung

Kommunen werden für Landärzte kreativ Vorleistungen für Nachfolger ausscheidender Ärzte / Landarzt als wichtige Säule der Infrastruktur

KIEL (di). Bleibt in einwohnerschwachen Gemeinden die ärztliche Nachfolge aus, ist Kreativität bei der Suche gefragt. Hilfe gibt auch die Kassenärztliche Vereinigung SH (KV), die die Honorarabstaffelung

für Zweigpraxen in diesen Regionen aufhebt.
Immer mehr Gemeinden erleichtern interessierten Ärzten die Entscheidung für eine Niederlassung auf dem Land. Der schleswig-holsteinische Gemeindetag berichtet von einer hohen Bereitschaft der Kommunen, die Niederlassung in der Gründungsphase aktiv zu unterstützen.
Damit können niederlassungswillige Ärzte neben den von der Politik auf den Weg gebrachten Maßnahmen wie Verzicht auf Abstaffelungen auf eine zusätzliche Hilfe bauen.
Viele Kommunen haben erkannt, dass ein Landarzt in ihrem Dorf eine wichtige Säule der Infrastruktur ist – und treten dafür auch in Vorleistung. Dazu gehört eine in den vergangenen Jahren verbesserte Betreuung für Kinder und die Bereitstellung von Praxis- und Wohnräumen nach den Wünschen der Ärzte.
Dies reicht von der Befreiung der Pflicht, Stellplätze vorzuhalten bis zum passgenauen Zuschnitt der Praxis nach den Vorstellungen des Arztes. Dies gilt auch für Zweigpraxen, wie ein Bericht aus der nordfriesischen Gemeinde Joldelund zeigt.
Allerdings warnt der Gemeindetag vor überhöhten Erwartungen: „Vereinzelte unterstützende Maßnahmen dürfen nicht dahingehend missverstanden werden, dass Kommunen über dauerhafte Subventionen eine Praxisniederlassung unterstützen.“ Die Sicherstellung der dauerhaften Wirtschaftlichkeit sei Aufgabe des Praxisinhabers – unterstützt durch Kasse und KV.

Aus: Ärzte Zeitung, 24.08.2011

17. Dorfsymposium des Interdisziplinären Arbeitskreises Dorfentwicklung „Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft“ 2. – 4. Mai 2010

Resolution von Bleiwäsche

- Dorfgemeinschaften werden mit dynamischen Veränderungen ihres Lebensumfeldes konfrontiert. Vor dem Hintergrund eines anhaltenden wirtschaftlichen und demografischen Wandels, scheinen die etablierten gesellschaftlichen Kräfte der Lokalpolitik alleine nicht mehr in der Lage zu sein, gegenwärtigen und kommenden Herausforderungen wirkungsvoll begegnen zu können.
- Schwindende finanzielle Handlungsspielräume der Lokalpolitik stehen immer öfter nicht mehr erfüllbaren Erwartungshaltungen der Bürger gegenüber. Kommunal-

und Gebietsreform können darüber hinaus die politische Selbstständigkeit kleiner Gemeinden in Frage stellen. Mit dem Verlust der Eigenständigkeit geht eine wesentliche Voraussetzung für eigenverantwortliches Engagement verloren.

- Eine Unterstützung staatlicher Daseinsvorsorge durch bürgerschaftliches Engagement wird dort immer notwendiger, wo Aufgaben, die aus einem fortschreitenden gesellschaftlichen Wandel erwachsen, durch die öffentliche Hand nicht mehr bewältigt werden können. Aktivierende Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Wirken liefern hier wichtige Hilfe zur Zukunftsbewältigung, erfahren jedoch kaum Unterstützung in der Öffentlichkeit.

- Der Zuzug von Neubürgern in den ländlichen Raum hatte und hat auch heute noch einen gesellschaftlichen Wertewandel und Überformung von Dorfbildern zur Folge. Dieser Gegensatz unterschiedlicher Lebensweisen beginnt sich in vereinten Anstrengungen für das gemeinsame Zuhause aufzulösen; hier etablieren sich neue Formen einer auf Freiwilligkeit beruhenden Dorfgemeinschaft.

- Gemeinsames Handeln der Dorfbewohner, die ihr Lebensumfeld und ihre Lebensbedingungen erfolgreich gestalten wollen, sind Kennzeichen aktiver Dorfgemeinschaften. Entscheidungsfindungsprozesse bewegen sich dabei im Spannungsfeld von Meinungsvielfalt und Meinungsführern. Partizipative Methoden müssen dem starken Engagement Einzelner dabei nicht entgegenstehen. Sie lassen sich durchaus vereinbaren – können sich sogar gegenseitig befruchten.

- Dorfgemeinschaften reagieren im kleinen Maßstab auf die Politikverdrossenheit der Gesellschaft, indem sie einer schleichenden Entkoppelung von Lokalpolitik und bürgerschaftlicher Erwartungshaltung entgegen wirken. In enger Kooperation von Gemeinderat, etablierten Dorfvereinen und neuen Formen eines nicht institutionell organisierten Ehrenamtes nimmt man hier fortschreitende Mittelverknappung zum Anlass, abseits etablierter Entscheidungsmuster gestalterische Freiheiten auszuschöpfen.

- Erfolgreiche Dorfgemeinschaften binden Menschen verschiedener Generationen, verschiedener Qualifikationen und mit unterschiedlichen Ideen ein. Der dörfliche Maßstab bietet Mitsprachemöglichkeit für die Gruppen der Gesellschaft, die sonst nicht an Entscheidungen beteiligt werden. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen

über Jugendparlamente, Kindersprechstunden oder Integration in Gemeinderäte verstärkt in das öffentliche Leben der Gemeinde einbezogen werden. Ehrenamt lernt man mit übertragener Verantwortung; Identifikation mit dem Ort wächst mit öffentlicher Wertschätzung für das Geleistete.

- Gestaltungsmaßnahmen im dörflichen Umfeld und/oder die Sicherung der Infrastruktur bieten Ansatzpunkte für Kooperation und schaffen Orte der Identifikation. Sichtbare, in kleinen Schritten erreichte Erfolge geben Dorfbewohnern Mut, Kraft und gegenseitiges Vertrauen, auch andere Aufgaben zu bewältigen.
- Neben der Aktivierung endogener Kräfte sichert interkommunale Kooperation die Lebensfähigkeit des Dorfes. Frühzeitige, gleichberechtigte und freiwillige Zusammenarbeit innerhalb aller Lebensbereiche beugt einer „Entkräftung“ des Engagements dort vor, wo die Möglichkeiten des Einzelnen schwinden. Zielgerichtetes kooperatives Handeln muss initiiert und begleitet werden. Hier entstehen Lösungen mit Mehrwert.
- Die Eigenverantwortlichkeit kommunaler Selbstverwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement. Auch bei notwendiger oder gebotener Aufgabe dieser politischen Gestaltungsrahmens oder bei der Gestaltung neuer Wirtschafts- und Verantwortungsgemeinschaften ist eigenverantwortliches Handeln und Verantworten der Dorfgemeinschaften zu fördern und dauerhaft sicher zu stellen.
- Eine zukünftige Politik für den ländlichen Raum muss in „Menschen investieren“. Diesen gilt es Entscheidungsspielräume anzubieten – über Hilfe zur Selbsthilfe sind sie zu ermächtigen, selbstbewusste und eigenständige Gestalter ihres Lebens zu werden.
- Bürgerschaftliches Engagement sollte daher verstärkt stimuliert, angeleitet und verstetigt werden. Die Institutionalisierung eines ständigen Ansprechpartners auf Gemeinde oder Kreisebene, eines „Kümmerers“ für die Dorfgemeinschaften, kann eine wichtige Hilfestellung sein. Hierfür ist von „ausgetretenen Wegen“ einer überwiegend auf Maßnahmen zielenden Förderpolitik abzuweichen.
- Gesetze und Richtlinien sind vor dem Hintergrund sich wandelnder und wachsender Herausforderungen in Frage zu stellen und zu Gunsten besserer und optimal angepasster Lösungen gegebenenfalls auch außer Kraft zu setzen. Für eine neue „Kultur flexibler Antworten“ hat die Politik den legislativen Rahmen neu zu definieren.

- Ehrenamtliches Wirken birgt Potentiale zur Zukunftsbewältigung. Daher ist sicher zu stellen, dass Personen, die sich engagieren, die notwendige Anerkennung seitens der Verwaltungen, der Behörden und vor allem der kommunalen Politik genießen und ihnen aus ihrem Engagement keine finanziellen, materiellen oder beruflichen Nachteile entstehen. Für eine nachhaltige Partnerschaft ist ein Klima gegenseitigen Vertrauens unverzichtbar.

Prof. Dr. Henning Bombeck (Rostock)
Prof. Dr. Doris Schmied (Bayreuth)
Dr. Karl Martin Born (Münster)

BAGSO-Befragung „Alternsfreundliche Stadt“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) als Interessenvertretung der älteren Menschen in Deutschland führt eine Befragung zur „alternsfreundlichen“ Gestaltung unserer Städte durch. Die Befragung wendet sich vor allem an ältere Menschen, gemäß der Devise: Seniorinnen und Senioren sind die besten Experten in eigener Sache. Eine Altersgrenze für die Beteiligung gibt es aber nicht!

In unseren Städten leben immer mehr ältere Menschen. Ihr Anliegen ist es, ihre Selbstständigkeit bis ins hohe Alter zu erhalten. Dies setzt – neben Vorkehrungen in den eigenen vier Wänden – auch voraus, dass man sich auch außerhalb der Wohnung selbstständig und sicher bewegen kann.

Wie alternsfreundlich sind unsere Städte? Mit welchen konkreten Problemen sind ältere Menschen tagtäglich bei der Nutzung des öffentlichen Stadtraums und des Personennahverkehrs konfrontiert und was wünschen sie sich? Auch gute Beispiele sollen ermittelt werden: Welche Städte haben bereits vorbildliche Maßnahmen ergriffen, um die „Nutzerfreundlichkeit“ gerade für ältere Menschen zu erhöhen.

Die Ergebnisse der Befragung sollen den Seniorenorganisationen eine Grundlage geben, um vor allem auf kommunaler Ebene positive Veränderungen einzufordern und dafür konkrete und praxistaugliche Vorschläge zu machen.

Der Fragebogen kann auf der Homepage der BAGSO (www.bagso.de) online ausgefüllt werden. Gedruckte Exemplare können – auch in einer größeren Anzahl – über die BAGSO-Internetseite oder telefonisch unter 0228 / 24 99 93-0 angefordert werden.

Interessierten Organisationen, die

auf ihrer Homepage auf die Befragung verlinken möchten (www.bagso.de/befragung-2011.html), stellt die BAGSO gern ein Banner zur Verfügung.
Weitere Informationen zur BAGSO:
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.
(BAGSO)
Pressereferat – Ursula Lenz
Bonngasse 10, 53111 Bonn
E-Mail:
lenz@bagso.de, www.bagso.de

BAGSO-Pressemitteilung 9/2011
Bonn, 11.07.2011

Senioren- und Verbraucherverbände fordern den Erhalt des Förderprogramms „Altersgerecht Umbauen“

In einem Brief an Bundesbauminister Peter Ramsauer und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder fordern die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und der Verband Wohneigentum e.V. die Weiterführung des KfW-Förderprogramms „Altersgerecht Umbauen“ ab 2012. Im Vorfeld der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag appellieren die Verbände und ihre Mitgliedsorganisationen dringend an die Minister, sich für die Bereitstellung der Fördermittel in unveränderter Höhe für eine altersgerechte Modernisierung von Immobilien einzusetzen.
Dass die Bundesregierung im Haushalt 2012 keinerlei KfW-Fördermittel für den altersgerechten Umbau von Bestandsimmobilien vorgesehen hat, ist nicht nur angesichts der steigenden Zahl älterer Menschen in Deutschland unverständlich. Gestützt werden die Forderungen nach einer Weiterführung des KfW-Förderprogramms „Altersgerecht Umbauen“ auch von einer im Mai 2011 veröffentlichten Studie, die das Kuratorium Deutsche Altershilfe im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erstellt hat. Danach wird im Jahr 2038 ein Drittel der Bevölkerung über 65 Jahre sein. Dementsprechend wird auch der Bedarf an altersgerecht angepassten Wohnungen steigen.
Die Folge unzureichend ausgestatteter Wohnungen ist, dass mehr Menschen in Alten- und Pflegeheime umziehen müssen, anstatt in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können. Dies kostet die Kommunen viel Geld und entspricht auch nicht dem Wunsch der betroffenen Senioren. „Das Programm hilft also nicht nur, Pflegekosten zu sparen und die

öffentlichen Kassen zu entlasten, sondern es erhöht vor allem die Lebensqualität unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger“, erinnern die BAGSO-Vorsitzende und ehemalige Bundesfamilienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr sowie Hans Rauch, Präsident des Verbands Wohneigentum, in ihrem gemeinsamen Brief.

„Das Problem der nicht alters- und behindertengerechten Wohnungen ist kein Problem der Zukunft und auch nicht nur der Senioren“, mahnt die BAGSO-Vorsitzende Ursula Lehr. Bereits heute besteht bei rund 83 % der aktuell elf Millionen Seniorenhaushalte erheblicher Anpassungsbedarf des Wohnraums. Und auch junge Familien freuen sich, wenn sie ihre Umzugskisten in die frisch erworbene und nach Möglichkeit renovierte Bestandsimmobilie nicht über viele Stufen schleppen müssen. Auch sie profitieren von breiten Türen, die sowohl einem Kinderwagen als auch einem Rollstuhl Platz bieten. Entsprechend ist es empfehlenswert, seine Wohnung nicht erst dann umzubauen, wenn der Notfall eingetreten ist und die Zeit drängt.

Überdies wäre nicht nur die Weiterführung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ sinnvoll, sondern auch die Möglichkeit zur Kopplung mit den Förderungen zur energetischen Sanierung vernünftig. „Jede Modernisierung bedeutet für den Wohneigentümer hohe Investitionen und eine Menge Aufwand. Wenn mit der von der Politik derzeit vehement geforderten energetischen Aufwertung der Immobilien gleichzeitig Barrieren im Haus abgebaut werden könnten, wäre dies einfacher und kostengünstiger“, weiß Verbandspräsident Rauch.

Für weitere Informationen:
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)
Pressereferentin: Ursula Lenz
E-Mail: lenz@bagso.de
Verband Wohneigentum
Pressesprecherin: Amal Khalil
Telefon: 0228 / 60 46 8-13
E-Mail:
khalil@verband-wohneigentum.de

Die BAGSO ist der Dachverband von mehr als 100 Senioren-Organisationen mit insgesamt rund 13 Millionen älteren Mitgliedern. Unter www.bagso.de finden Sie jeweils aktuelle Informationen. Der Verband Wohneigentum ist mit rund 370.000 Mitgliedsfamilien der bundesweit größte Verband für selbstnutzende Wohneigentümer.

Weitere Informationen unter www.Verband-Wohneigentum.de.

BAGSO-Pressemitteilung 10 / 2011
Bonn, 31.8.2011

AUS DER ARBEIT DER
AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME

Preis der ALR 2011

In diesem Jahr lobt die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. zum achten Mal den Preis für besondere Leistungen in der Verwirklichung ihrer Ziele aus, der mit 2.500 Euro dotiert ist. Ausgezeichnet werden können privates Engagement, Initiativen, planerische Leistungen, wissenschaftliche und künstlerische Leistungen oder Leistungen in Politik und Verwaltung. Wir haben wieder tolle Vorschläge erhalten, die der Jury die Auswahl schwer machen werden. Wie sie sich entschieden hat, erfahren Sie am 14. Dezember 2011 im Anschluss an unsere Mitgliederversammlung. Kommen Sie vorbei!

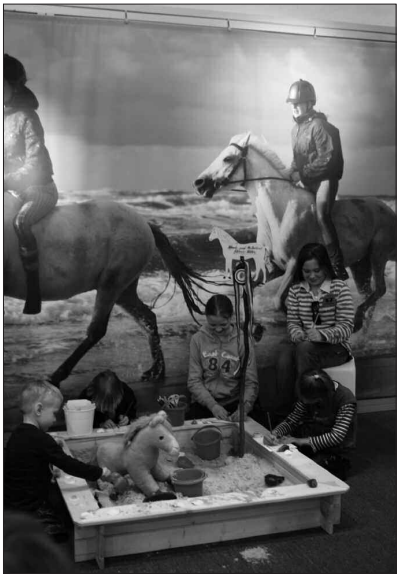
ALR unterstützt Projekt Pferde- und Reiterland Schleswig-Holstein

Die Akademie unterstützte in diesem Jahr das Projekt Pferde- und Reiterland Schleswig-Holstein. Als Projektträgerin akquirierte die ALR die Projektmittel für den Auftritt des Pferde- und Reiterlandes Schleswig-Holstein auf der Equitana 2011 in Essen. Gefördert und initiiert wurde dieses Projekt vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein. Der Messeauftritt wurde organisiert und durchgeführt von der Agentur Hafensänger aus Hamburg.

Dieses gemeinsame Vorhaben hatte zum Ziel, die Bereiche Zucht, Sport und Freizeit am Messestand auf der Equitana gemeinsam zu präsentieren, das Profil des Pferde- und Reiterlandes Schleswig-Holstein weiter zu schärfen und die Zusammenarbeit aller Akteure zu optimieren.

Die Halle 10/11, in der das Pferde- und Reiterland Schleswig-Holstein seine gelungene Premiere feierte, erfreute sich positiver Resonanz. An einzelnen Tagen waren bis zu 1000 Besucher am Stand des Pferde- und Reiterlandes Schleswig-Holstein zu Gast. Rund 60 z.T. prominente Gäste und Referenten aus Schleswig-Holstein, darunter Helga Klindt, Vorsitzende der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Hosteins e.V., und Staatssekretär Ernst-Wilhelm Rabius vom Ministerium für

Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, informierten die Besucher in Vorträgen und Gesprächen zu den Themen Zucht, Sport und Freizeit. Kinder konnten in einer Sandkiste spielen. Besuchern wurde Limonenwasser, Kaffee und selbstgebackener Kuchen geboten.



Kinder spielen in der Sandkiste auf dem Stand des Pferde- und Reiterlandes Schleswig-Holstein auf der Equitana 2011

Diese erste gemeinsame Präsentation wurde von allen Beteiligten positiv aufgenommen und hat dazu geführt, dass sich ein neuer Projektträger, die MesseRendsburg GmbH, gefunden hat.

Durch diese Projektträgerschaft konnten erste Maßnahmen umgesetzt werden. Die Internetseite www.pferdeundreiterland.de wurde bearbeitet und wird nun laufend erweitert. Zudem gab es einen weiteren Messeauftritt auf der Norla in Rendsburg und auch in Zukunft stehen Aktionen zur Stärkung der Marke auf dem Programm.

Interessante Vorträge lockten viele Besucher an.

Das Ziel, die Akteure zusammen zu bringen, wurde erreicht. Dr. Ute Löding-Schwerdtfeger, Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holstein e.V.

Neuer Internetauftritt der ALR

Wir haben unsere website neu gestaltet. Hier halten wir Informationen über unseren Verein und rund um die Themen der ländlichen Räume für Sie bereit. So können Sie sich schnell über wichtige Themen informieren. Neben aktuellen Veranstaltungshinweisen finden Sie in unserer Infothek Downloads unserer Veranstaltungen, unsere Veröffentlichungen und Literaturhinweise. Neu ist unsere Projektgalerie, in der wir Projekte aus Norddeutschland veröffentlichen, die auf der Fachkonferenz „Land-Stadt-Partnerschaften – Von der Strategie zum Projekt“ am 1.9.2011 in Horst vorgestellt wurden.

Schauen Sie doch einfach mal unter www.alr-sh.de bei uns vorbei.

Wege mit Aussichten

In der Zeit von Mai 2010 bis September 2011 wurde unter Federführung der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. ein Folgeprojekt zur Studie „Wege mit Aussichten“ umgesetzt.

Ziel war es, anhand von 4 Modellgemeinden /-regionen insbesondere die Entwicklung von Ländlichen Kernwegenetzen auf kommunaler Ebene praxisbezogen zu erproben und die gewonnenen Erfahrungen in eine Überarbeitung und Neuauflage des Handlungsleitfadens für Kommunen (Teil C der Studie) einfließen zu lassen.

Folgende vier Regionen haben sich an dem Folgeprojekt beteiligt: Gemeinde Süsel, Gemeinde Welt, Gemeinde Gribbohm (jeweils mit 2-4 Nachbargemeinden) und das Amt Oldenburg-Land mit allen amtsangehörigen Gemeinden. Die beiden Modellregionen Welt und Gribbohm wurden von den zuständigen Wegeunterhaltungsverbänden, die Regionen Süsel und Oldenburg-Land von zwei externen Büros betreut. Die Arbeitsgruppe „Wege mit Aussichten“ begleitete die Umsetzung des Folgeprojektes auf Landesebene.

Am 10. November stellt unsere Akademie im Rahmen einer großen Abschlussveranstaltung im Hohen Arsenal in Rendsburg die Ergebnisse des Folgeprojektes „Wege mit Aussichten“ vor. In dem Zuge wird auch der neue Handlungsleitfaden für Kommunen präsentiert. Er hatte sich nach Abschluss der Studie im Jahre 2008 als wichtige Arbeitsanleitung auf kommunaler Ebene herausgestellt und war innerhalb kurzer Zeit vergriffen. In die jetzige Neuauflage sind die Erkenntnisse aus dem Praxistest in den vier Modellregionen des Landes eingeflossen. Die übrigen Inhalte wurden aktualisiert.

Das landesweit bedeutende Projekt konnte somit in der bewährten Trägerschaft von ALR e.V., Bauernverband Schleswig-Holstein und Schleswig Holsteinischem Gemeindetag und mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume fortgeführt werden. Allen Beteiligten sei bereits an dieser Stelle für Ihre Unterstützung und Mitarbeit gedankt.

Ende dieses Jahres wird die Akademie allen Gemeinden und Amtsverwaltungen in Schleswig-Holstein je ein Exemplar der 2. Auflage „Handlungsleitfaden für Kommunen“ kostenfrei zusenden. Darüber hinaus stehen die 2. Auflage, als auch die Teilberichte A und B der Studie „Wege mit Aussichten“ als Download auf unserer Internetseite für Sie bereit, siehe: www.alr-sh.de

Torsten Sommer, Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Regionen-Netzwerk Schleswig-Holstein – ein Projekt auf Erfolgskurs Rückblick auf das dritte Jahr Netzwerkarbeit

Das dritte Jahr Regionen-Netzwerk neigt sich dem Ende und wieder zeigt sich im Rückblick ein Jahr mit vielen und sehr unterschiedlichen Aktivitäten. Folgende Beispiele aus der Arbeit sollen dies verdeutlichen:

Die **Landesweiten Treffen der Regionalmanager** stehen nach wie vor im Zentrum der Netzwerkarbeit. Hier haben die hauptamtlich tätigen Regionalmanager die Möglichkeit sich auszutauschen, an Lösungen für Probleme die alle oder viele betreffen zu arbeiten, offene Fragen mit den Koordinatoren und den Vertretern des MLUR zu erörtern oder die Weichen für eine landesweit koordinierte Vorgehensweise in der ein oder anderen Angelegenheit, die alle 21 Regionen betreffen, abzustimmen. Im Vorfeld der Treffen bringen die Manager ihre Themen ein und bestimmen somit Inhalt und Ablauf der Termine.

Die Akademie hat im Januar ein zentrales **Internetportal der AktivRegionen** in Schleswig-Holstein unter www.aktivregionen-sh.de freigeschaltet. Es bietet im Sinne des Netzwerkes eine landesweite Übersicht, bei gleichzeitiger Verzahnung und Verlinkung mit den Internetseiten der einzelnen AktivRegionen. Über einen Log-in Bereich dient die Internetseite den 21 AktivRegionen auch als Arbeits- und Kommunikationsplattform.

Die Akademie unterstützt das **Medienprojekt „AktivRegionen 21“** des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages. Neben einer mehrseitigen Zeitungsbeilage zu den einzelnen AktivRegionen beinhaltet es die Durchführung von **Bürgergesprächen** mit dem Ministerpräsidenten Peter-Harry Carstensen.
Die Akademie fungiert über das Regionen-Netzwerk als Geschäftsstelle für die Bürgergespräche, sie nimmt die Bewerbungen von Vereinen, Verbänden und anderen Interessierten als Gastgeber für das Bürgergespräch entgegen und berät die Bewerber im Vorfeld. Die konkrete Organisation der Bürgergespräche vor Ort liegt in der Zuständigkeit der Staatskanzlei und dem sh:z-Verlag, hier insbesondere dem zuständigen Redakteur Wolfgang Henze, der auch die zweistündigen Bürgergespräche moderiert. Mit dem Bürgergespräch am 15.6. in der LAG AktivRegion Innere Lübecker Bucht wurde die erste Runde von 21 Bürgergesprächen beendet. Aufgrund des großen Erfolges dieses bürgernahen Veranstaltungsformates wurde eine 2. Runde in 4 AktivRegionen initiiert. Am 11.10.2011 fand

das erste Gespräch in Friedrichstadt statt und bis Ende Januar folgen weitere 3 Bürgergespräche, s. unter Termine.

Was Veranstaltungen angeht so bildete die **Projektbörse der AktivRegionen „Wir machen Zukunft“** am 18.6.2011 in der Sparkassenakademie in Kiel ohne Zweifel den Höhepunkt unter den diesjährigen Aktivitäten des Regionen-Netzwerkes. Gemeinsam mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und den AktivRegionen wurde eine Veranstaltung vorbereitet, die im Sinne einer „Leistungsschau“ der schleswig-holsteinischen AktivRegionen über 160 Teilnehmer nach Kiel lockte.

160 Teilnehmer nutzten am 18.6. auf der Projektbörse in Kiel die Möglichkeit sich über die Arbeit und Projekte der LAG AktivRegionen zu informieren.

Der Tag in Kiel bot vielfältige Möglichkeiten sich über die Aktivitäten, die Zielsetzungen und vor allem über die konkreten Projekte der LAG AktivRegionen zu informieren. Die Projekte wurden dabei insbesondere unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit diskutiert.
Hochrangige Gäste würdigten die Erfolge der AktivRegionen und des shz-Medienprojektes „AktivRegionen 21“, s. Titelfoto unseres TTT.

Die Arbeit des Regionen-Netzwerkes erfuhr in diesem Jahr eine erfreuliche und positive Bestätigung. Für die **Finanzierung** der Arbeit wurde für die Jahre 2012-2014 eine finanzielle Beteiligung der Regionen angefragt. Bereits nach wenigen Wochen lag eine positive Rückmeldung von allen 21 Regionen vor. Dies freut uns sehr und bestärkt die Akademie als Träger des Regionen-Netzwerkes in ihren Bemühungen auf dieser Ebene die Ländliche Regionalentwicklung zu begleiten und zu unterstützen.

Torsten Sommer,
Leiter des Regionen-Netzwerkes

Mitgliederversammlung der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Merken Sie sich bitte schon jetzt den Termin für unsere

Mitgliederversammlung

am Mittwoch, dem 14. Dezember 2011 (15.00 Uhr)

mit anschließender Verleihung des Preises der ALR (17.00 Uhr)

und

Parlamentarischem Abend zum Thema Bildung (18.30 Uhr)

im Schleswig-Holsteinischen Landtag in Kiel

vor.

Den Lebensabend selbst gestalten

Die demographische Entwicklung nimmt ihren Lauf. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt zu, während die Zahl junger Menschen abnimmt. Das ist uns allen schon lange klar, aber sind wir auch darauf vorbereitet?
Die Akademie beschäftigt dieses Thema schon seit langem und wird sich auch weiterhin damit auseinandersetzen. Wir haben für Sie die Veranstaltung "Selbst ist das Alter!" der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung besucht und hier ein paar Ergebnisse zusammengefasst.

Heute schon für morgen planen

Diesen Leitsatz hat wohl jeder. Er gilt für alle Lebensbereiche, ob privat, beruflich oder für die öffentliche Daseinsvorsorge. Nur verfolgt man ihn auch konsequent?
Wo und wie möchte ich leben, wenn ich älter werde und körperlich nicht mehr so fit bin? Wer wird mir dann helfen, damit ich noch zuhause weiter wohnen kann? Dr. Martin Willkomm, Krankenhaus Rotes Kreuz-Geriatriezentrum Lübeck, riet, für eine erfolgreiche Altersplanung seinen Lebensstil rechtzeitig zu ändern.

Spätestens in mittleren Jahren („um die Fünfzig“) dem vorzeitigen körperlichen Abbau und dem Auftreten einer gesundheitlichen Schädigung mit sportlicher Betätigung in Ausdauersportarten wie Joggen, schwimmen, Rad fahren zu begegnen. Dazu gehört natürlich auch eine gesunde Ernährung und die Einbettung in das soziale Umfeld. „Sie benötigen mindestens einen sozialen Partner, welcher täglich „nach dem Rechten sieht“, so Dr. Martin Willkomm.
Die Wünsche für ein Leben im Alter sollten frühzeitig geplant und auch umgesetzt werden. Man sollte rechtzeitig über Möglichkeiten der Barrierefreiheit in den eigenen 4 Wänden oder über neue Wohnformen mit Servicesystemen und Betreuungskonzepten wie z. B. Wohnprojekt Nachbarschaft / Wohnen mit Service (betreutes Wohnen) oder generationsübergreifendes Wohnen nachdenken. Mit Hilfe der Geriatriezentren konnten 2010 etwa 75% aller Patienten nach stationärer Behandlung wieder in das eigene Zuhause zurückkehren. „Denken Sie daran: Die meisten Bewohner von Seniorenpflegeheimen sind unfreiwillig dort. 80% der Pflegebedürftigen können sich heute ein Leben im Heim nicht mehr vorstellen“, warnte Dr. Martin Willkomm. „Es ist besser einen Regenschirm zu kaufen, wenn die Sonne scheint. Dann ist die Auswahl größer.“

Die Jugend zum Ziel des Alters zu machen, ist natürlich nachvollziehbar, sollte aber mit ein wenig Weisheit verfolgt werden, mahnte Martin Hamborg von der AWO Schleswig-Holstein gGmbH Kiel. Folgendes Zitat* gab er den Anwesenden zum Nachdenken mit auf den Weg:

„Die Jugend ist kein Abschnitt des Lebens, sie ist ein Zustand der Seele, eine bewusste Entscheidung, eine Bereitschaft zur Phantasie, eine seelische Kraft, die den Mut über die Zaghaftigkeit triumphieren und die Abenteuerlust über die Liebe zur Bequemlichkeit siegen lässt. Man wird nicht alt, weil man eine bestimmte Anzahl von Jahren gelebt hat, sondern weil man seine Ideale aufgibt. Während die Jahre ihre Spuren auf dem Körper hinterlassen, wird die Seele gezeichnet vom Verlust der Begeisterung…“

* Text von einem Stein im Parco Giardino Sigurta bei Verona, zitiert aus: „Jugend ist ein Zustand der Seele mit Fotografien von Rainer Groothuis, Knaur München, 2007“

Dr. Ute Löding-Schwerdtfeger,
Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

EUROPA AKTUELL

2012 soll Europäisches Jahr für aktives Altern werden

Die Europäische Kommission hat am 6. September 2010 vorgeschlagen, dass das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr für aktives Altern“ ausgerufen werden soll.

Diese Initiative soll zur Schaffung besserer Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für die zunehmende Zahl älterer Menschen in Europa beitragen, ihnen helfen, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, und ein gesundes Altern fördern. Hintergrund dieser Initiative ist, dass sich die europäische Politik mit einer stetigen demografischen Alterung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Dienstleistungen und Finanzen auseinanderzusetzen hat. Es ist zu erwarten, dass das Europäische Parlament und der Rat Anfang nächsten Jahres der Initiative zustimmen werden.

Die EU befindet sich in einem Prozess starker demografischer Alterung. Ab 2012 wird in Europa die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abzunehmen beginnen, während die Zahl der über 60-Jährigen jährlich um etwa zwei Millionen zunehmen wird. Der stärkste Druck wird zwischen 2015 und 2035 erwartet, wenn die sog. geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand eintreten werden.

Dies stellt eine große Herausforderung für nachhaltige öffentliche Finanzen und insbesondere für die Finanzierung des Gesundheitswesens und der Renten dar und könnte die Solidarität zwischen den Generationen schwächen. Diese Betrachtungsweise vernachlässigt aber den erheblichen tatsächlichen und potenziellen Beitrag, den ältere Menschen – und insbesondere die geburtenstarken Jahrgänge – für die Gesellschaft leisten können.

Das vorgeschlagene Europäische Jahr für aktives Altern soll einen Rahmen für die Sensibilisierung der Bevölkerung und für das Erkennen und Verbreiten bewährter Praktiken bieten und vor allem Politiker und Akteure auf allen Ebenen zur Förderung aktiven Alterns anregen. Diese Akteure sollen im Vorlaufjahr 2011 zur Festlegung auf konkrete Aktionen und Ziele ermuntert werden, damit im Europäischen Jahr 2012 konkrete Ergebnisse präsentiert werden können.

Aktives Altern bedeutet auch, dass man älteren Menschen mehr Möglichkeiten bietet, weiterzuarbeiten, länger gesund zu bleiben und auf andere Weise (zum Beispiel durch ehrenamtliche Arbeit) weiterhin einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Dies muss durch eine breite Palette von Politikmaßnahmen auf allen Regierungsebenen gefördert werden. Die EU hat in Bereichen wie Beschäftigung, Sozialschutz und soziale Eingliederung, Gesundheit, Informationsgesellschaft und Verkehr eine gewisse Aufgabe zu erfüllen, aber die Hauptaufgabe kommt den nationalen, regionalen und kommunalen Regierungsebenen sowie der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern zu.

Quelle:
http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=860&furtherNews=yes

Initiativen der Strategie Europa 2020

Europa 2020 ist die Wachstumsstrategie der EU, mit der diese bis zum Jahr 2020 fünf ehrgeizige Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, soziale Eingliederung, Klimaschutz bzw. Energie verwirklichen will.

Die Strategie sieht Leitinitiativen vor, von denen drei die Bereiche Beschäftigung, Soziales und Integration betreffen, und zwar:

- „Jugend in Bewegung“, um die Beschäftigungschancen junger Menschen zu erhöhen, indem man es Studenten und Praktikanten erleichtert, Erfahrungen im Ausland zu erwerben und die Qualität und Attraktivität der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa verbessert.
- „Eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, um Arbeitsmarktreformen neue Impulse zu geben, die darauf abzielen, den Erwerb entsprechender Qualifikationen für künftige Berufstätigkeiten zu fördern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die arbeitsrechtlichen Vorschriften der EU neu zu gestalten.
- „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“: Unterstützung von Maßnahmen auf allen Ebenen zur Verwirklichung des vereinbarten EU-Kernziels, die Zahl der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu reduzieren.

Quelle:
http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=956

Jugend in Bewegung

Jugend in Bewegung umfasst verschiedene politische Initiativen zu **Bildung** und **Beschäftigung** für junge Menschen in Europa. Jugend in Bewegung wurde 2010 aufgelegt und ist Teil der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Ziele

Jugend in Bewegung zielt darauf ab, die Bildung und Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu verbessern und die Beschäftigungsquote in dieser Altersgruppe zu erhöhen. Diese Ziele stehen im Einklang mit dem umfassenderen Ziel der EU, eine Beschäftigungsquote von 75 % für die Bevölkerung im erwerbstätigen Alter (20–64-Jährige) zu erreichen. Dazu sind folgende Schritte nötig:

- Stärkere Ausrichtung der allgemeinen und beruflichen Bildung an den Bedürfnissen junger Menschen;
- Motivation einer größeren Anzahl von Schülern und Studierenden, ihr Studium oder ihre Ausbildung mit Hilfe eines EU-Stipendiums im Ausland zu absolvieren;
- Unterstützung der EU-Länder bei der Durchführung von Maßnahmen zur Vereinfachung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt.

Wie wird dies erreicht?

- Koordinierung der Politik zur Ermittlung und Förderung von Maßnahmen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten;
- besondere Maßnahmen für junge Menschen – wie zum Beispiel EURES – Ihr erster Arbeitsplatz im Ausland für Arbeitsmarktmobilität in der EU – und verstärkte Unterstützung junger Unternehmer über die neue europäische Mikrofinanzierungsfazilität "Progress".

Warum liegt der Schwerpunkt auf jungen Menschen?

- **Die Altersgruppe der unter 30-Jährigen macht ein Fünftel der europäischen Gesamtbevölkerung aus** und ist von entscheidender Bedeutung für die EU-Wirtschaft.
- Derzeit gibt es in der EU **fünf Millionen Arbeitslose unter 25 Jahren** – eine Million mehr als noch 2009.
- Die **Jugendarbeitslosigkeit** in der EU liegt mit **20,4 %** doppelt so hoch wie die Arbeitslosigkeit in der Erwerbsbevölkerung insgesamt (9,6 %).

Jugend in Bewegung – die Website bietet Tipps und praktische Informationen für junge Menschen, die im Ausland studieren, ihre Ausbildung absolvieren oder arbeiten möchten.

Quelle: http://ec.europa.eu/youthonthemove/index_en.htm

Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten

Mit dieser Initiative will die Europäische Kommission zum Ziel der EU beitragen, bis 2020 eine Beschäftigungsquote von **75 % der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter (d. h. zwischen 20 und 64 Jahren)** zu erreichen.

Die 2010 eingeleitete Initiative ist Teil der EU-Gesamtstrategie Europe 2020 – einer Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum im nächsten Jahrzehnt und darüber hinaus.

Ferner trägt die Agenda zu den folgenden Zielen bei, die die EU bis 2020 erreichen will: Senkung der Schulabbrecherquote auf unter 10 %, Steigerung der Zahl der jungen Menschen in der höheren oder einer vergleichbaren beruflichen Bildung auf mindestens 40 % und Senkung der Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen.

Wie?

In der Agenda werden eine Reihe von konkreten Maßnahmen vorgestellt, die Folgendes bewirken sollen:

- Beschleunigung der Reformen zur Verbesserung der **Flexibilität und Sicherheit** auf dem Arbeitsmarkt („Flexicurity“);
- bedarfsgerechte Ausstattung der Menschen mit den **nötigen Kompetenzen** für die Arbeitsplätze von heute und morgen;
- Verbesserung der **Qualität der Arbeitsplätze** und Gewährleistung besserer **Arbeitsbedingungen**;
- Verbesserung der Bedingungen für die **Schaffung von Arbeitsplätzen**.

Warum?

- **23 Millionen Menschen** – also 10 % der erwerbstätigen Bevölkerung – sind in der EU derzeit arbeitslos.
- Damit unsere Wirtschaft **wachsen und wettbewerbsfähig bleiben kann,** brauchen wir mehr Arbeitsplätze.
- Ab 2012 wird die Zahl der Menschen im erwerbstätigen Alter in der EU abnehmen. Damit die **Nachhaltigkeit unserer Wohlfahrtssysteme** gewährleistet werden kann, müssen mehr Menschen arbeiten.

Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen

Seit dem Jahr 2008 gibt es die Initiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“, die dieser Agenda der Kommission vorausging. Diese Initiative wird auch in Zukunft fortgesetzt.

Zwar sind die Namen der Initiative und der Agenda sehr ähnlich, doch die Agenda ist breiter aufgestellt und befasst sich mit Flexicurity, Qualität der Arbeitsplätze sowie Arbeitsbedingungen und Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Entwicklung von Kompetenzen ist eine der vier wichtigsten Arbeitsbereiche der Agenda.

Quelle:
http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=958&langId=de

Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung

In der EU sind mehr als 80 Millionen Menschen von Armut bedroht. Dazu gehören 20 Millionen Kinder und 8 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Angesichts dieser unhaltbaren Situation sind im Rahmen der Leitinitiative „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ Maßnahmen zur Verwirklichung des EU-Ziels vorgesehen, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu senken.

Die Leitinitiative wurde 2010 aufgelegt und ist Teil der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Vorgehensweise

Obwohl die Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung vornehmlich Aufgabe der Regierungen der einzelnen EU-Länder ist, kann die EU hier eine koordinierende Rolle übernehmen, indem sie:

- vorbildliche Verfahren ermittelt und das wechselseitige Lernen fördert,
- EU-weite Vorschriften aufstellt,
- Finanzmittel bereitstellt.

Schlüsselmaßnahmen

- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung, Sozialschutz, grundlegenden Dienstleistungen (Gesundheitsversorgung, Wohnraum usw.) und Bildung
- Optimale Nutzung von EU-Finanzmitteln zur Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Diskriminierung
- Unterstützung innovativer Ansätze in der Sozialpolitik zur Formulierung intelligenter Lösungen im Europa nach der Krise, insbesondere im Hinblick auf eine wirksamere und effizientere Hilfe im sozialen Bereich
- Neue Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor

Quelle:
http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=961&langId=de

Dänemarkstrategie der Landesregierung

Dänemark ist für Schleswig-Holstein der wichtigste Partner in Skandinavien und im Ostseeraum. 2010 wurden Waren für knapp 2,04 Milliarden Euro ins Nachbarland exportiert und für 2,67 Milliarden Euro eingeführt. Deshalb ist die weitere Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark für die schleswig-holsteinische Landesregierung ein zentrales Anliegen. Mit ihrer Dänemarkstrategie setzt die Landesregierung auf eine verstärkte Kooperation mit Dänemark. Ziel ist, die Grenzregionen zu echten Wachstumszentren zu entwickeln und Europäische Struktur- und Fördermittel, insbesondere INTERREG-Mittel, effizienter auszunutzen, um durch geeignete Projekte Wachstum, Beschäftigung, Forschung und Entwicklung zu fördern. Die Landesregierung will dadurch Impulse geben, um sowohl den Jütland-Korridor als auch den Fehmarnbelt-Korridor nachhaltig zu stärken und die Kooperation der jeweiligen Akteure zu intensivieren. Das erfolgreiche und vertrauensvolle Miteinander im Norden bleibt weiterhin eine der Säulen der Dänemark-Politik.

Der Entwurf der Dänemarkstrategie wurde breit mit der dänischen Regierung sowie Verbänden und Interessenvertretungen beiderseits der Grenze diskutiert. Das endgültige Konzept, das die Strategiefelder Verkehr, Arbeits- und Auftragsmarkt, Sprachkompetenz, Hochschulkooperation, Gesundheit und Gesundheitswirtschaft, Energie- und Klimaschutz, Tourismus, Ernährungswirtschaft, EU-Förderstrukturen und Kultur umfassen wird, berücksichtigt weitgehend deren Rückmeldungen. Im Herbst 2011 wird die Landesregierung die Dänemarkstrategie beschließen.

Ansprechpartner: Heinz Maurus, Staatssekretär für Europa, Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, Tel.: 0431/988-1926

Aus: Eurobrief September 2011

Nordseeraumprogramm mit einer Premiere

Das Nordseeprogramm hat in seiner Sitzung in Kiel am 7. und 8. Juni 2011 insgesamt 7 neue Projekte genehmigt. Dabei wurden zum ersten Mal sog. Cluster-Projekte gefördert, mit denen das Programm die strategische Zusammenarbeit der bereits genehmigten Nordseeprojekte unterstützen möchte.
Es handelt sich hierbei um das DANS Cluster, WaterCAP und das

Maritime Transport Cluster (MTC), welche die Unterstützung der Umsetzung der Europäischen Digitalen Agenda bzw. die Verbreitung der Ergebnisse der bisher geförderten Klimawandelprojekte sowie die Schaffung einer gemeinsamen Plattform für maritime Verkehrsakteure im Nordseeraum zum Gegenstand haben.

Nähere Informationen zum MTC finden Sie in diesem Eurobrief in der Rubrik EU-Projekte Region.

In der Sparte Innovation erhielten die Projekte „Green Growing“ (Steigerung der Energieeffizienz von Gewächshäusern) und „Opening Up“ (Nutzung der neuen Sozialen Medien durch Unternehmen und Verwaltung) den Zuschlag.

In der Priorität Transport wurden die Projekte „E-Mobility North Sea Region“ (stärkere Verbreitung von Elektromobilen) und „ITRACT“ (Verbesserung der Verkehrsanbindung ländlicher Räume) bewilligt.

Damit sind nunmehr rd. 90 % der Fördermittel bewilligt. Größere Fördermittel mit 9,9 bzw. 4 Mio. € stehen nur noch in den Prioritäten Transport bzw. Regionalentwicklung zur Verfügung.

Vom 5. September bis 3. Oktober 2011 wird eine weitere Ausschreibungsrunde (7. Call) durchgeführt. Weitere Informationen dazu in Kürze unter
http://www.northsearegion.eu

Aus: Eurobrief September 2011

Neue Projektbewilligungen im Ostseeraumprogramm

Auch im Ostseeprogramm sind diesen Sommer neue Projekte genehmigt worden. In seiner Sitzung in Schwerin am 7. und 8. Juni wurden jeweils 4 neue Projekte in den Prioritäten 2 (interne und externe Erreichbarkeit) und 3 (Ostsee als gemeinsame Ressource) genehmigt.

Die genehmigten Projekte der Priorität 2 sind: „Bothnian Green Logistics Corridor“, „Baltic Bird“, „Amber Coast Logistics“ und „BALTRAD+“. Die der Priorität 3 lauten: „ChemSea“, „PRESTO“, „Aquabest“ und „Aquafima“.

Auch in diesem Programm wurde zum ersten Mal ein sog. Cluster-Projekt gefördert. Es handelt sich dabei um das Pilot Cluster „Energy efficiency and renewable energy sources“, mit dem das Programm die strategische Zusammenarbeit der bereits genehmigten Ostseeprojekte unterstützt.

Partner aus Schleswig-Holstein bzw. Hamburg sind in den Projekten „Aquabest“ bzw. in dem Pilot Cluster sowie im Projekt Amber Coast Logistics vertreten.

Insgesamt wurden 21,6 Mio. EUR

EFRE-Mittel vergeben. Nach dieser Auswahlrunde sind die Mittel in den Prioritäten 2 und 3 zunächst ausgeschöpft und vorerst kein weiterer Call in Planung. Über die Projekte, die im Rahmen des vierten Calls in den Prioritäten 1 und 4 eingereicht wurden, wird Ende September 2011 entschieden.

Weitere Informationen dazu und zu allen weiteren Themen rund um das Ostseeprogramm finden Sie unter: www.eu.baltic.net

Aus: Eurobrief September 2011

Projekt RENREN drückt aufs Tempo

Das Ziel „mehr Erneuerbare Energien in Europa“ braucht mehr Anstrengungen auf regionaler Ebene. Das Netzwerk RENREN („Renewable ENergie REgions Network“), das seit Anfang 2010 aus dem EU-Programm INTERREG IVC gefördert wird, will hierfür den Weg bereiten: Unter Projektleitung Schleswig-Holsteins wollen 14 Regionen aus 11 europäischen Staaten bis Ende 2012 eigene „good practice“-Erfahrungen in gemeinsame Handlungsempfehlungen an Regionen in Europa für mehr Erneuerbare Energien (EE) übersetzen.

Mit dem Ende der Sommerpause startet die zweite Projekthalbzeit. Expertentreffen zu „Geothermie und Hydroenergie“ (September, Island) und „Solarenergie und Biomasse“ (Oktober, Kastilien) sollen die Fachthemen abrunden. Beim vierten Projekt-Workshop Anfang November in Timis (Rumänien) wird mit den letzten beiden Querschnittsthemen „Finanzierungen & Anreize“ und „Arbeitsmarkt, Forschung & Innovation“ das arbeitsintensive Abschlussjahr des Projekts vorbereitet werden.

Mittlerweile begonnen wurde auch der praktische Teil des Projekts: Erprobt werden soll die Übertragbarkeit ausgewählter „good practice“-Erfahrungen auf andere Regionen in anderen EU-Staaten – angesichts oft grundlegend abweichender Rahmenbedingungen eine der größten Herausforderungen an die Projektpartner. Zu den Erprobungsthemen zählen die Entwicklung eigener regionaler EE-Strategien, vereinfachte Genehmigungsverfahren für Kleinanlagen, Aufbau von EE-Clustern, Ausweisung von Windenergie-Eignungsflächen, Wiederherrichtung kleiner Wasserkraftwerke oder der Aufbau von Aus- und Weiterbildung für Erneuerbare Energien.

Mehr über Arbeit, Struktur und Ergebnisse von RENREN hier: www.renren-project.eu

Aus: Eurobrief September 2011

LITERATURTIPPS

Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur

Die Dokumentation zu der Veranstaltung „Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur“ (16.9.2011, Breklum) ist jetzt online unter www.alr-sh.de

„Wege mit Aussichten“ – Handlungsleitfaden für Kommunen

Hrsg: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Bauernverband Schleswig-Holstein e.V. und Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag. Überarbeitete 2. Auflage, November 2011, 59 Seiten.

Der Handlungsleitfaden hat sich als wichtige Arbeitsanleitung auf kommunaler Ebene herausgestellt. Seine erste Auflage war in kurzer Zeit vergriffen. Der jetzigen Neuauflage ist ein Praxistest in vier Modellregionen des Landes vorausgegangen, dessen Erkenntnisse in die Überarbeitung eingeflossen sind. Die übrigen Inhalte wurden aktualisiert.

Kostenlos zu beziehen über die Geschäftsstelle der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Schleswig-Holstein 2020
Gedankenskizzen zur Zukunft eines Bundeslandes

Hrsg: Schliesky,Utz / Herbst,Niclas / Wendt,Guido

Wachholtz Verlag – 17 x 24 cm, 332 S., farb. Abb., brosch. Preis 19,80 €

Das Land Schleswig-Holstein hat jüngst in der Landesverfassung das Ziel verankert, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Es zeigt sich deutlich, dass dieses Ziel mit "klassischen" Haushaltskürzungen kaum zu erreichen sein wird. Angesichts der derzeitigen dramatischen Haushaltslage braucht das Land Zukunftskonzepte, welche zum einen die aktuelle Finanzsituation berücksichtigen, zum anderen aber Wegweisungen für die nachhaltige Gestaltung der Strukturen in Schleswig-Holstein bieten. Mit dem vorliegenden Buch wird ein Beitrag zu dieser notwendigen Zukunftsdebatte geleistet.

Es wirken herausragende Schleswig-Holsteiner mit – die nicht den

Anspruch erheben, einen vollständigen Masterplan zu entwerfen, vielmehr soll das Buch Denkanstöße liefern und Diskussionen über die Zukunft unseres Landes in schwerer Zeit befördern.

Kommunen in Finanznot! Können sich Gemeinden Programme zur ländlichen Entwicklung noch leisten?

Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft der Akademien Ländlicher Raum in den deutschen Ländern (Arge Ländlicher Raum), ISBN 978-3-931863-60-3
90 S., 4,50 € zzgl. VK, zu beziehen über die Geschäftsstelle der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Dokumentation der Begleitveranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung des BMELV am 27. Januar 2011 auf der IGW in Berlin.

Qualitätvolle Innenentwicklung Eine Arbeitshilfe für Kommunen

Hrsg.: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein,
Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Viele Regionen in Schleswig-Holstein werden in den kommenden Jahren von sinkenden Einwohnerzahlen und einer älter werdenden Bevölkerung betroffen sein. Dies hat deutliche Auswirkungen auf den Umfang und die Art des Wohnungsneubaubedarfs und auch auf die (Um-) Nutzungsmöglichkeiten des baulichen Bestandes. Der Fokus der gemeindlichen Entwicklung rückt deshalb in vielen Kommunen – auch aus Gründen der Infrastrukturkosten – weg vom klassischen Neubaugebiet am Ortsrand in Richtung einer behutsamen innerörtlichen Ergänzung des baulichen Bestandes.
Wie kann eine Erhebung der Innenentwicklungspotenziale aussehen? Welche Vorteile bietet eine systematische Bestandsaufnahme und mit welchem Aufwand muss man dabei rechnen? Nach welchen Gesichtspunkten können die einzelnen Flächen bewertet werden? Welche Rolle spielen die sog. „Silbernen und Goldenen Hochzeitsgebiete“ in meiner Gemeinde? Was muss ich tun, damit wichtige Freiflächen innerhalb der Ortslage dauerhaft erhalten bleiben? Was kann eine Gemeinde tun, um gezielt Innenentwicklungspotenziale zu nutzen und zu aktivieren? Wie kann die Beschäftigung mit den innerörtlichen Entwicklungsflächen dazu genutzt werden, mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog über die gemeindliche Entwicklung insgesamt zu treten?

Die vorliegende Broschüre soll nun eine konkrete Hilfestellung bei der Erhebung, Bewertung und Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen bieten. Sie richtet sich an die Entscheidungsträger in allen Kommunen in Schleswig-Holstein – insbesondere auch an die kleineren Gemeinden -, sowie die Planer in den Ämtern und Planungsbüros, die die Gemeinden bei ihren (Bauleit-) Planungen unterstützen und beraten.

Unternehmen in der integrierten ländlichen Entwicklung Ein Leitfaden zur aktiven Gestaltung der Beteiligung

Hrsg.: SPRINTconsult (info@sprintconsult.de) und nova-Institut (Dirk.Schubert@nova-institut.de), August 2011

Die Einbindung und Beteiligung von Unternehmen in Prozessen der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) ist unzweifelhaft sinnvoll und notwendig. Dies stellt für die verantwortlichen Akteure eine zentrale Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund haben das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung gemeinsam ein Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben mit dem Ziel, Art und Umfang der aktuellen Beteiligung von Unternehmen in ILE-Prozessen in Deutschland zu erfassen und regionale Beispiele für derartige Beteiligungen zu analysieren, um darauf aufbauend geeignete Strategien zur stärkeren Beteiligung von Unternehmen in ILE-Prozessen zu entwickeln.

Neuerscheinung Ländlicher Raum Arbeit im ländlichen Raum

Hrsg.: Agrarsoziale Gesellschaft e.V., info@asg-goe.de
ISSN 0179-7603
96 S., 9,00 Euro zzgl. VK

Ob und wie ländliche Räume sich im Wettbewerb mit städtisch geprägten Regionen oder anderen ländlichen Regionen behaupten können, hängt ungeachtet ihrer vielen Vorzüge vor allem von der unmittelbaren regionalen Arbeitsmarktlage ab. Arbeitsplätze werden vielfach durch das Engagement und die Kreativität der Menschen vor Ort erhalten oder neu geschaffen. Hierbei erweisen sich Unterstützungen im Rahmen von Projekten sowie finanzielle Anschubförderungen als wichtig. Das neue Arbeitsheft gibt Denkanstöße für vielfältige und neue Wege zu mehr Arbeit und Beschäftigung in ländlichen Regionen.

Raumbilder für das Land
Regionen, Orte und Bauten im ländlichen Raum

Aus der Reihe: Der Bürger im Staat
Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Bezug: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711/7001530, Fax 0711/70015310, ISSN 0007–3121

Vielfach wird über ländliche Räume in Kategorien des Verlustes gesprochen: Verlust an Einwohnern, Ausdünnung der Infrastruktur, sinkende Attraktivität gewachsener sozialer Strukturen etwa im Vereinswesen. Das Heft, das auf die Tagung „Raumbilder für das Land. Planerische Impulse für Bauten, Orte und Regionen im ländlichen Raum“ zurückgeht, kehrt die Perspektive um und gibt erste Antworten auf mehrere Fragen: Welche Chancen bieten ländliche Räume? Gibt es Anhaltspunkte für einen Lebensstil der „Neuen Ländlichkeit“? Welche Rolle spielen Architektur und räumliche Planung und wie tragen sie zur Qualifizierung ländlicher Räume bei? Das Heft „Raumbilder für das Land“ thematisiert neben grundlegenden Trends und Entwicklungen im ländlichen Raum drei Handlungs- und Maßstabsebenen: Bauten, Orte und Regionen.

Einblick in die Jugendkultur
Das Thema Nachhaltigkeit bei der jungen Generation anschlussfähig machen

von Sie Liong Thio, Dr. Edgar Göll
IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin
ISSN 1862-4804
Hrsg.: Umweltbundesamt, Postfach 14 06, 06813 Dessau-Roßlau, Tel.: 0340/2103-0, Telefax: 0340/2103 2285 E-Mail: info@umweltbundesamt.de, ISSN 1862-4804

Vor dem Hintergrund der wahrgenommenen Abnahme des Interesses Jugendlicher am Themenbereich Umwelt und Nachhaltigkeit wurde im Projekt analysiert, inwiefern und in welchen angemessenen Formen heutige Jugendliche aufgrund ihrer vielfältigen und spezifischen Lebenslagen und Lebensweisen an das Thema Nachhaltigkeit herangeführt, informiert und entsprechend handlungsfähig gemacht werden können.

Dabei wurden Ursachen für diese Abwendung, konkrete Anknüpfungspunkte (wie beispielsweise das Alltagsleben und ihre Interessen) und Möglichkeiten erfolgreicher Kommunikationsstrategien für Jugendliche untersucht. Diese Publikation ist ausschließlich als Download unter http://www.uba.de/uba-info-medien/4078.html verfügbar.
Hier finden Sie auch eine Kurzfassung.

Wildnis in Schleswig-Holstein

Hrsg.: Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
DIN A 4, 112 S., Tel.: 04347 704-230, broschueren@llur.landsh.de

Wildnis, also von Menschen ungenutzte Landschaften in Schleswig-Holstein – wo gibt's denn das? In Schleswig-Holstein gibt es tatsächlich noch oder wieder Landschaftsteile und Gebiete, die kaum oder nicht genutzt werden. Über einige dieser Naturschätze des Landes hat das LLUR jetzt eine reich bebilderte Broschüre herausgegeben. Es werden darin wilde Landschaften und Lebensräume in Schleswig-Holstein vorgestellt, auch um auf deren besondere Wertigkeit hinzuweisen – ein Wert, der sich vermutlich vielfach unserer flüchtigen Wahrnehmung und Würdigung entzieht. Bewusstsein und Blick sollen gelenkt werden auf Landschaften, die sich weitgehend unbeeinflusst entwickelt haben. Dort können wir Natur in ihrer Ursprünglichkeit begegnen und ihre besondere Ästhetik, ihre Eigenart und Vielfalt kennen lernen, die uns vielleicht staunen lässt über das, was in der Natur geschieht, wenn Raum und Zeit für Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind. Die Bandbreite und Verschiedenartigkeit der natürlichen Lebensräume unserer Heimat, die wir hier vorfinden, ist beeindruckend.

Der Sechste Altenbericht – Konsequenzen für die Praxis

Fachtagung am 17. Juni 2011 in Bonn
Hrsg.: Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO), Bonngasse 10, 53111 Bonn, kontakt@bagso.de

Tagungsbericht über die Ergebnisse von vier Foren zu den Themen Altersbilder in der gesundheitlichen Versorgung, Altersbilder in Medien und Werbung, Altersbilder und Altersgrenzen, Altersbilder in christlichen Kirchen und Religionen

Ländliches Siedlungswesen im deutsch-niederländischen Grenzraum unter dem Einfluss agrarstruktureller Transformationen - Strategien zur Einbindung landwirtschaftlicher Altgebäude in die Kommunalentwicklung

von Andreas Henseler, Münstersche Geographische Arbeiten 51, Bezug über Institut für Geographie, M. Bolle, Schlossplatz 7, 48149 Münster, Fax: 0251 / 83 300 76 oder geosek2@uni-muenster.de, Preis: 19,50 EUR

Der zunehmende Anteil leerstehender landwirtschaftlicher Gebäude ist eines der sichtbaren Merkmale agrarstruktureller Transformationsprozesse. Ohne adäquate Nutzung steigt die Gefahr des stetigen Verfalls der Gebäude. Dieser hat wiederum auch Auswirkungen auf das kulturlandschaftliche Erscheinungsbild der ländlichen Räume. Von diesem Prozess sind die ländlichen Räume in Deutschland und den Niederlanden in ähnlicher Weise betroffen. Die Arbeit vergleicht die in beiden Ländern vorhandenen Möglichkeiten, landwirtschaftliche Altgebäude wieder in die Siedlungsentwicklung zu integrieren und gibt Handlungsempfehlungen für deren Optimierung, Erweiterung und länderübergreifende Adaption.

Ressourcen für die Mobilfunk-Infrastruktur Abschätzung des Materialbestandes und der Stoffflüsse

von Dr. Michael Scharp
WerkstattBerichte/IZT, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung; Nr. 114
IZT, Schopenhauerstraße 26, 14129 Berlin, E-Mail m.scharp@izt.de
ISBN 978-3-941374-14-0

Die mobile Kommunikation ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Vor der Jahrhundertwende war das Mobilfunknetz vor allem ein Telefonnetz. Heutzutage ist es ein leistungsfähiges Kommunikationsnetz, das Telefonie und Internet ermöglicht. Fast jeder Deutsche nutzt heutzutage den Mobilfunk. Steigende Bedarfe für noch schnellere Kommunikation führen dazu, dass das Mobilfunknetz immer weiter ausgebaut wird. Doch welche Ressourcen wurden zum Aufbau der Netze benötigt? Wie hoch sind die jährlichen Stoffflüsse für die Instandhaltung? Welche Ressourcen werden für bundesweite Übertragungen mit hoher Bandbreite benötigt? Diese Fragen wurden vom IZT in einem Teilprojekt des Projektes „Materialeffizienz und Ressourcenschonung“ – gefördert vom BMU und koordiniert vom Wuppertal-Institut – geklärt.

Zukunft des Bauens und Wohnens

von Dr. Michael Scharp

WerkstattBerichte / IZT, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung; Nr. 115, Schopenhauerstraße 26, 14129 Berlin, E-Mail m.scharp@izt.de
ISBN 978-3-941374-15-7

Wie sieht die Zukunft des Bauens und Wohnens aus? Der vorliegende Bericht versucht auf diese Frage einige Antworten zu geben, auch wenn es gewiss nicht möglich ist, diese Frage umfassend zu beantworten. Im Rahmen dieser Studie wurden allgemeine Trends, die auf die Zukunft des Bauens und Wohnens einwirken können, durch eine Internet- und Literaturrecherche sowie durch die Auswertung von Forschungsprojekten des IZT identifiziert. Hierbei wurden die folgenden Schwerpunkte gelegt: Bauen und Wohnen für den Wohnungsbereich, sozio-demographische Entwicklungen, intelligentes Wohnen, Technikeinstellungen sowie Gebäudeenergietechnik. Anschließend wurden die identifizierten Trends im Rahmen von Interviews bewertet und auf einem Workshop diskutiert. Insgesamt wurden 32 Trends ermittelt, die sich von der Entwicklung des Wohnungsneubaus über die Bedarfe der älter werdenden Generationen und dem Einsatz intelligenter Wohntechnologie bis hin zum Einsatz von effizienten Heizungssystemen erstrecken.

Wohnen im Alter
Rechtliche Tipps zu Wohnen(-bleiben) zu Hause, Betreutem Wohnen, alternativen Wohnformen

Hrsg: Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V.
2. Auflage 2011. Buch. 56 S. C. H. Beck ISBN978-3-406-61416-3

Die Broschüre beantwortet verständlich für jedermann die wichtigsten Fragen zum Wohnen im Alter, außerhalb eines Heims und gibt rechtliche Tipps für die ersten Schritte zu einem altersgerechten Wohnen.

Aufgezeigt werden die Möglichkeiten alternativer Wohnformen zum klassischen Seniorenheim. Zunächst kommt ein Verbleib in der ausgebauten Wohnung mit staatlichen Fördermöglichkeiten in Betracht. Ferner gibt es verschiedene Formen des betreuten Wohnens.

Die wichtigsten Begriffe werden erläutert und u.a. die folgenden Fragen beantwortet:

- Welche Fördermöglichkeiten bestehen, um auch im Alter zu Hause wohnen bleiben zu können?
- Unter welchen Umständen muss der Vermieter der Wohnungsanpassung zustimmen?
- Welche Organisationsformen für selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen gibt es?
- Was ist der Unterschied zwischen Betreutem Wohnen und einem Seniorenwohnheim?
- Welche Standards gibt es für das Betreute Wohnen?
- Welcher Schutz besteht für Bewohner im Betreuten Wohnen?
- Welche Service-Leistungen gibt es?
- Welche Rechte bestehen bei Mängeln der Betreuungsleistungen?
- Welches sind die Vor- und Nachteile von Miete und Eigentum im Betreuten Wohnen?

Eine Checkliste zum Betreuten Wohnen hilft beim Vergleich und bei der Beurteilung verschiedener Angebote. Eine Liste der wichtigsten Ansprechpartner zeigt auf, an wen man sich wenden kann.

TEXTE

Dr. Peter Becker

EU-Finanzverhandlungen: Neue Herausforderungen – alte Konflikte

Dr. Peter Becker arbeitet seit 2004 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe EU-Integration der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den EU-Finanzverhandlungen und der europäischen Kohäsionspolitik.
Zuvor war er von 1998 bis 2004 Europareferent in der Thüringer Staatskanzlei in Erfurt und den Jahren 2000 und 2001 Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller Universität Jena. Von 1995 bis 1998 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik (IEP), Bonn/Berlin.
Der Kontakt zur Akademie entstand auf der Veranstaltung des Johann-Heinrich von Thünen-Institutes „Über den Tellerrand geschaut“ am 6./7. April 2011 in Braunschweig. Auf Anfrage erklärte sich Herr Becker bereit, für das TTT der ALR e.V. einen Text zum Thema Finanzverhandlungen zu schreiben. Für den inhaltlich differenzierten und in der Analyse kritischen Text danken wir ihm und hoffen damit die Diskussion zu diesem hoch aktuellen Thema für unsere Mitglieder zu bereichern.

Mit der Vorlage des Verordnungsvorschlags der Europäischen Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen am 29. Juni 2011 und einer neuen interinstitutionellen Vereinbarung zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament (EP) hat der nächste große und konfliktreiche Verhandlungsprozess in der EU offiziell begonnen. Im Oktober 2011 hat die Kommission nun auch ihre Legislativvorschläge für die beiden größten Ausgabenblöcke des EU-Budgets vorgelegt – die europäische Kohäsionspolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik. Damit liegen nun die zentralen Dokumente für die sehr schwierigen EU-Finanzverhandlungen auf dem Verhandlungstisch.

Mit dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wird die Europäische Union ihre strategischen Ziele für den Zeitraum 2014 bis 2020 definieren und vorgeben, wie deren Umsetzung finanziell aus dem EU-Haushalt unterfüttert werden soll. Der Finanzrahmen legt die jährlichen Obergrenzen für die Ausgaben der EU insgesamt und für die einzelnen Haushaltsrubriken fest und bildet damit den Rahmen für die jährlichen

EU-Haushalte. Mit dem Finanzrahmen wird zudem ein Ausgleich geschaffen zwischen Haushaltsdisziplin, an der insbesondere die Nettozahler im Kreis der Mitgliedstaaten interessiert sind, sowie Berechenbarkeit und Planbarkeit der Ausgabenprioritäten und Volumina, die für die Empfänger von Geldern aus den europäischen Förderprogrammen vorrangig sind. Die anstehenden grundsätzlichen Richtungsentscheidungen der EU sind dabei nur im Konsens der Mitgliedstaaten und in Übereinstimmung aller EU-Organe zu treffen. An der Ausgestaltung des Finanzrahmens zeigt sich demzufolge auch das integrationspolitische Verständnis aller Akteure von der EU als politischem System. Durch das Zusammenschnüren vieler Einzelfragen zu einem großen Verhandlungspaket wird die Findung von Kompromissen zwischen den nationalen und den sektoralen Interessen erleichtert, denn bei diesen Verhandlungen prallen regelmäßig die nationalen und die sektoralen Interessen der Mitgliedstaaten, der EU-Organe und von zentralen Verbänden und Interessengruppen aufeinander. Der Verhandlungsprozess dürfte sich bis weit in das Jahr 2012 hinziehen.

Die Vorschläge der EU-Kommission

Das Finanzpaket der Europäischen Kommission vom 29. Juni 2011 besteht aus der Mitteilung zum nächsten Finanzrahmen und dessen Prioritätensetzungen und drei Legislativvorschlägen zur Einnahme- und zur Ausgabenseite des EU-Budgets: eine Verordnung zur Festlegung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020, einen Beschluss zum Eigenmittelsystem der EU und eine Durchführungsverordnung für das Eigenmittelsystem.

Die Kommission schlägt einen Finanzrahmen mit einer siebenjährigen Laufzeit und einem Gesamtvolumen von rund 1 Billion Euro (1025 Milliarden Euro in konstanten Preisen 2011) vor; diese gewaltige Summe an Verpflichtungsermächtigungen würde insgesamt 1,05 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU-27 entsprechen. Berücksichtigt man die zusätzlich von der Kommission außerhalb des Finanzrahmens vorgeschlagenen Instrumente (z.B. den Europäischen Globalisierungsfonds, den Solidaritätsfonds und das Flexibilitätsinstrument), ergibt sich ein Gesamtvolumen von 1083 Milliarden Euro bzw. 1,11 Prozent des EU-BNE. Die Zahlungsermächtigungen sollen sich nach dem Kommissionsvorschlag auf 972 Milliarden Euro belaufen und damit bei 1 Prozent des EU-BNE liegen.

Die Grundstruktur des Budgets auf der Ausgabenseite soll mit den Rubriken „Intelligentes und integratives Wachstum“ (Wirtschaft/Wachstum/Kohäsion), „Nachhaltiges Wachstum: Natürliche Ressourcen“ (Ausgaben für die Gemeinsame

Agrarpolitik/Fischerei/Umwelt) deutlich auf die strategischen Ziele der Strategie „Europa 2020“ für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Dennoch entspricht die vorgeschlagene Struktur des MFR im Wesentlichen den bekannten Rubriken des derzeitigen Finanzrahmens. Insgesamt will die Kommission die begrenzten Haushaltsmittel der EU durch neue Instrumente der Zielvereinbarung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und neue Konditionalitäten ergebnisorientierter und effizienter verwenden.

Für das System der Eigenmittel schlägt die Kommission eine größere Reform vor. Bisher finanziert sich der EU-Haushalt über traditionelle Eigenmittel (Agrarabgaben und Zölle), die Mehrwertsteuer-Eigenmittel und die auf dem BNE beruhenden Beiträge der Mitgliedstaaten. Mit dieser wohlstandsorientierten Eigenmittelquelle finanziert die EU derzeit rund 75 Prozent ihres Budgets. Somit unterscheidet sich das Eigenmittelsystem nur noch wenig von den auf nationalen Beiträgen basierenden Finanzierungsformen anderer internationalen Organisationen. Um den einseitigen Fokus der Mitgliedstaaten auf ihre Nettobeiträge zu relativieren, folgt die Europäische Kommission nun den Forderungen des Europäischen Parlaments und schlägt zwei neue Kategorien von Eigenmitteln vor: eine Finanztransaktionssteuer und eine neue Mehrwertsteuer-Einnahme. Bis 2020 sollen diese beiden neuen Eigenmittel nach den Schätzungen der Kommission fast die Hälfte der Einnahmen des EU-Haushalts ausmachen, während der Anteil der nationalen Beiträge, also der BNE-Eigenmittel, von 75 Prozent auf rund ein Drittel zurückgehen soll.

Zudem, so die EU-Kommission, sei das System aufgrund etlicher Rabatte, wie dem britischen Beitragsrabatt aber auch aufgrund von Rabatten für Deutschland, die Niederlande, Österreich und Schweden zu intransparent und komplex. Deshalb schlägt sie vor, die bisherigen Korrekturmechanismen durch pauschale und befristete Rabatte zu ersetzen, mit dem die Nettosalden einzelner Mitgliedstaaten begrenzt werden sollen. Die Kommission sieht jährliche Rabatte in Form einer Bruttoermäßigung bei den BNE-Beiträgen vor - für Deutschland in Höhe von 2,5 Milliarden Euro, für die Niederlande in Höhe von 1,050 Milliarden Euro für Schweden in Höhe von 350 Millionen Euro und für Großbritannien in Höhe von 3,6 Milliarden Euro.

Der Anteil der Ausgaben für die Agrarpolitik am Gesamthaushalt soll im neuen Finanzrahmen um gut drei Prozentpunkte auf 36,2 Prozent sinken. Die zwei Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sollen zwar reformiert, aber dennoch weitgehend erhalten bleiben. Für die erste Säule der GAP, also Direktzah-

lungen und marktbezogene Ausgaben, sollen insgesamt rund 282 Milliarden Euro zur Verfügung stehen; für die ländliche Entwicklung knapp 90 Milliarden Euro. Am 12. Oktober 2011 hat die Kommission ihre ersten Vorschläge mit der Vorlage des Legislativpakets für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) konkretisiert. Sie spricht davon, die Wettbewerbsfähigkeit, die Nachhaltigkeit und die Verankerung der Landwirtschaft im gesamten ländlichen Raum zu stärken, um eine gesunde und hochwertige Lebensmittelversorgung zu garantieren, die Umwelt zu erhalten und die ländlichen Gebiete weiter zu entwickeln. Das Geld für Agrarforschung und -innovation soll verdoppelt werden. Die Kommission plädiert dafür, künftig 30 Prozent der Direktzahlungen als "Ökologisierungszuschlag" oder sog. Greening-Komponente an eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft zu koppeln, wie zum Beispiel die Landschaftspflege durch ökologische Vorrangflächen, die Vermeidung von Monokulturen durch eine verbesserte Fruchtfolge mit unterschiedlichen Anbaukulturen oder die Erhaltung von Dauergrünland. Sie schlägt vor, die bisherigen Direktbeihilfen für Landwirte durch eine Basisprämie pro Betrieb zu ersetzen, die ab einer Summe von 150.000 Euro pro Jahr stufenweise gekürzt und bei 300.000 Euro gedeckelt wird. Von den Agrarbeihilfen sollen zukünftig ausschließlich aktive Landwirte profitieren. Die noch immer unterschiedlichen Höhen der Direktzahlungen Landwirten in den alten und den neuen Mitgliedstaaten soll weiter angeglichen werden, was vor allem den osteuropäischen Bauern zugutekommen wird. Besonders fördern möchte die Kommission Junglandwirte unter 40 Jahren. Speziell für Kleinbauern schlägt die Kommission vor, den Verwaltungsaufwand zu verringern und eine Pauschalzahlung von 500 bis 1000 Euro je Betrieb einzuführen. Eine Prämie soll es auch für die Übertragung von Flächen von Kleinlandwirten, die ihre landwirtschaftliche Tätigkeit einstellen, an andere Betriebe geben. Insgesamt soll die GAP einfacher und effizienter werden.

Für die Kohäsionspolitik in den Jahren 2014 bis 2020 schlägt die Kommission Ausgaben in Höhe von insgesamt 376 Milliarden Euro vor, d.h. der Anteil der Strukturfonds an den Gesamtausgaben soll im Vergleich zum aktuellen Finanzrahmen von 35 Prozent auf 36,7 Prozent ansteigen. In diesem Betrag enthalten sind 40 Mrd. Euro, die für ein gesondertes Programm zum Ausbau der gesamteuropäischen Infrastruktur in den Bereichen Energie, Verkehr sowie Informations- und Kommunikationstechnologie vorgesehen sind, die „Connecting Europe“-Fazilität. Außerhalb des EU-Finanzrahmens sollen zudem 3 Mrd. Euro für den Europäischen

Globalisierungsfonds und 7 Mrd. Euro für den Europäischen Solidaritätsfonds vorgesehen werden. Insgesamt stünden somit 386 Mrd. Euro für die Förderung europäischer Regionen zur Verfügung.
Der Kommissionsvorschlag sieht zudem die Einführung einer neuen Zwischenkategorie zur Förderung von Regionen vor, deren BIP zwischen 75 Prozent und 90 Prozent des durchschnittlichen BIP der EU liegt. Sie nimmt auch die deutsche Forderung nach Einführung eines gut ausgestatten „Sicherheitsnetz" für Regionen auf, die aus dem Konvergenzziel ausscheiden. Diese Regionen sollen degressiv, beginnend bei zwei Dritteln der derzeitigen Mittelzuweisungen, aus der höchsten Förderkategorie hinausgleiten.
Durch eine thematische Konzentration auf die strategischen Ziele der Strategie „Europa 2020", also auf die Förderung von Forschung und Innovation, Energieeffizienz, für Maßnahmen im Bereich Klimawandel, Wettbewerbsfähigkeit insb. von KMU und auf die Armutsbekämpfung will die Kommission die Effektivität und den Nutzen der europäischen Kohäsionspolitik verbessern sowie die Sichtbarkeit für die Bürger erhöhen.

Mittelverteilung für die Zielgebiete:

Zielgebiete	Betrag in Mrd. EURO zu Preisen von 2011	Anteil an den gesamten Kohäsionsmitteln
Weniger entwickelte Regionen mit einem BIP < 75%	162,590	48,4 %
Übergangsregionen zwischen 75 und 90 % des BIP	38,952	11,6 %
Stärkere Regionen mit einem BIP > 90%	53,143	15,8%
Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)	11,7	3,48
Kohäsionsfonds	68,710	20,45%
Ultraperiphere Regionen	0,925	0,27%
Gesamt	336,02	100 %

Auch für die Kohäsionspolitik hat die EU-Kommission am 6. Oktober ein umfassendes Paket mit Vorschlägen zur Gesetzgebung vorgelegt. Um die Verwaltung der Fonds zu vereinfachen und die Politik insgesamt kohärenter zu gestalten, schlägt sie die Schaffung eines gemeinsamen strategischen Rahmens für alle Strukturfonds vor. Das betrifft den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Kohäsionsfonds (KF), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Diese strategische Programmplanung und das „shared management" sollen neben einer Verbesserung der Kohärenz auch die Synergien der Politiken verbessern. In Partnerschaftsverträge zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten sollen dann quantitative Ziele zur Verwendung der Mittel festgeschrieben werden.

Zusätzlich sollen neue Konditionalitäten in der Kohäsionspolitik eine effektivere Verwendung der finanziellen Ressourcen sicherstellen. Die Kommission schlägt drei Formen der Konditionalität vor: (1) die sog. generellen exante Konditionalitäten, wie die Einhaltung der bisherigen Querschnittsziele Anti-Diskriminierungs- und Genderpolitik, Nachhaltigkeit und Umweltschutz aber auch administrative Vorbedingungen im Hinblick auf öffentliche Ausschreibungen, umweltpolitische Wirkungsanalysen sowie statistische Erfassungssysteme; (2) neue exante Konditionalitäten, d.h. das Vorhandensein der notwendigen gesetzlichen Vorrausetzungen für die erfolgreiche Implementierung der strukturpolitischen Maßnahmen und (3) makroökonomische Konditionalitäten, mit denen die Kohäsionspolitik an die makroökonomischen Vorgaben der engeren wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU ausgerichtet werden und von der Einhaltung der nationalen Stabilitätsprogramme abhängig gemacht werden. Als ultima ratio wäre danach die Aussetzung von Zahlungen aus den Fonds für den Fall übermäßiger Haushaltsdefizite möglich. In jedes Operationelle Programm sollen klare und messbare Ziele und Zwischenschritte aufgenommen werden, deren Einhaltung überwacht, gemessen und evaluiert werden soll. Als Anreiz schlägt die Kommission erneut vor, einen Teil der Fördergelder in eine Leistungsreserve zu überführen, um erfolgreiche Projekte nach einer Evaluation 2019 gesondert zu fördern.

Schwierige Rahmenbedingungen und traditionelle Konfliktlinien

Einige Akteure haben bereits lange bevor die Europäische Kommission ihre Vorschläge veröffentlicht hat ihre Positionen festgelegt und erste »rote Linien« formuliert. Das Eu-

ropäische Parlament versuchte bereits im Herbst 2010, die Verabschiedung des Jahreshaushalts 2011 mit politischen Vorentscheidungen für die Finanzverhandlungen zu verbinden, um seine Möglichkeiten rechtlicher und politischer Mitwirkung bei allen Punkten der Finanzverhandlungen auszubauen, also auch beim Thema der EU-Eigenmittel. In der Entschließung vom 8. Juni 2011 zu den Finanzverhandlungen fordert die breite Mehrheit der Europaparlamentarier die Steigerung des Gesamtvolumens des MFR um mindestens 5 Prozent gegenüber den Haushaltsmitteln, die der EU im Jahr 2013 zur Verfügung stehen. Diese Forderung steht in eklatanten Gegensatz zu einem Brief vom 18. Dezember 2010 an Kommissionspräsident Barroso, in dem die Regierungschefs aus Großbritannien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Finnland ihre Idealvorstellungen für den nächsten EU-Finanzrahmen dargelegt hatten. Darin forderten sie das Einfrieren des EU-Budgets auf dem derzeitigen Stand. Bereits zuvor hatten einige neue Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa auf die Notwendigkeit weiterer Unterstützungsleistungen aus dem EU-Budget hingewiesen und auf Gleichberechtigung mit den alten westeuropäischen Mitgliedstaaten insbesondere bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gedrängt.

Vor dem Hintergrund dieser Vorfestlegungen ist zu befürchten, dass sich die Finanzverhandlungen erneut auf die Verteilung von Kosten und Gewinnen bzw. die nationalen Nettosaldo-Positionen beschränken werden. Dabei werden drei Faktoren die ohnehin schwierige Verhandlungsrunde weiter verkomplizieren:

1. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise sind zusätzliche fiskalische Beschränkungen eingetreten und Erwartungen aufgekommen. Der innergemeinschaftlichen Solidarität wird gerade in der Krise besonders laut von Nettoempfängern im Kreis der Mitgliedstaaten das Wort geredet, um die GAP und die Kohäsionspolitik weitgehend unverändert beizubehalten. Die Nettozahler verweisen dagegen immer nachdrücklicher auf die Finanzhilfen, die sie im Zuge der Eurokrise geleistet und mit denen sie ihre Solidarität bewiesen haben; sie fordern zugleich eine strenge Politik der Haushaltskonsolidierung. Die Finanzverhandlungen werden also zunehmend unter dem Aspekt der Rechtfertigung der Ausgabenprioritäten des EU-Budgets und der effizienten Nutzung der EU-Gelder geführt werden.

2. Das Europäische Parlament hat mit dem Vertrag von Lissabon zusätzliche Budgetrechte erhalten und verfolgt seither drei vorrangige Interessen: Zunächst liegt das Hauptaugenmerk auf der Ausgabenseite des Budgets, denn der nächste Finanzrahmen soll in seiner Struktur und in seinen Prioritäten deutlich an

der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ ausgerichtet werden. Hinzu kommen die Forderungen nach mehr Flexibilität bei der Handhabung der Ausgabenrubriken, um den Finanzrahmen schneller an neue Herausforderungen oder veränderte politische Prioritäten anpassen oder auf unvorhergesehene Krisen reagieren zu können. Daneben will das EP eine neue Quelle zur Finanzierung des EU-Budgets erschließen, das heißt eine wirkliche Eigenmittelquelle in Form von direkt dem EU-Haushalt zufließenden Steuereinnahmen.

3. Der Zeitrahmen für den Abschluss der Verhandlungen ist extrem knapp bemessen. Wenn die Finanzperiode und damit die Programmperiode der europäischen Förderprogramme und insbesondere die Förderperioden für Mittel der Strukturfonds und der zweiten, strukturpolitischen Säule der GAP pünktlich zum 1. Januar 2014 anlaufen sollen, muss ein Kompromiss spätestens bis Mitte 2012 verabschiedet werden. Denn für die Erstellung der Operationellen Programme wird üblicherweise ein Zeitraum von 1,5 Jahren angesetzt. Wenn also der Verhandlungsprozess mit der Vorlage der Kommissionsüberlegungen am 29. Juni 2011 aufgenommen wurde, bleibt für die Verhandlungen nur noch ein Jahr Zeit. Angesichts der Tatsache, dass im Mai nächsten Jahres in Frankreich Präsidentschaftswahlen stattfinden werden, wird dieses Zeitfenster noch kleiner werden und die entscheidenden Verhandlungen werden sich auf Juli/August 2012 konzentrieren müssen.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Verhandlungskonflikte sich in erster Linie um das Gesamtvolumen des Finanzrahmens sowie dessen Verteilung auf die einzelnen Politikbereiche drehen. Bei sich widersprechenden Zielen und sich ausschließenden Prioritäten der Akteure dominiert der Interessengegensatz zwischen Nettozahlern und empfängern. Der jeweilige nationale Nettosaldo war und ist das entscheidende Kriterium, an dem die Regierungen den gefundenen Verhandlungskompromiss messen.

Dieses Denken in Nettosaldo-Kategorien hat mittel- bis langfristig negative Konsequenzen. Bei der Festlegung, wofür die EU ihr Geld ausgeben soll, dominiert der Blick auf die jeweiligen Rückflüsse. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Aufgaben und Ausgaben wird darüber vernachlässigt. Das Kriterium des gemeinsamen europäischen Mehrwerts bleibt nahezu ohne großen Einfluss auf die jeweilige nationale Verhandlungsführung. Angesichts dieser Orientierung an fiskalischen Aspekten des EU-Budgets wird das System mit immer neuen Stellschrauben ausgestattet, ohne die sich ein Kompromiss nicht erreichen ließe. Das Nettosaldo-Denken ist insofern eine Ursache für die Einräumung zusätzlicher Ausnahmen. Im

Ergebnis wird der Finanzrahmen zusehends intransparenter, komplexer und komplizierter. Einmal eingeführte Sonderregelungen tendieren dazu, sich zu verfestigen; nicht-regelkonforme Leistungszusagen weiten sich deutlich aus. Zugleich fehlt dem mehrjährigen Finanzrahmen die Flexibilität, die erforderlich ist, um auf veränderte politische Herausforderungen reagieren zu können. So leidet nicht nur die Anpassungsfähigkeit des EU-Budgets, sondern auch die politische Handlungsfähigkeit der EU insgesamt.

Kaum Aussichten auf große Reformen

Angesichts dieser Orientierung in den Verhandlungen auf den nationalen Nettosaldo bleibt die Frage, wo die politischen Prioritäten der EU eigentlich liegen sollten, die sich in den Haushaltsansätzen des Finanzrahmens widerspiegeln, unbeantwortet. Für die EU-Kommission steht die eindeutige Ausrichtung des EU-Budgets auf die Verwirklichung der europäischen Wachstumsstrategie »Europa 2020« im Vordergrund. Sie verbindet damit das Ziel, zu einer »ergebnisorientierten Ausgabenpolitik« zu kommen. Somit versucht sie zwar den europäischen Mehrwert, die Effizienzorientierung und zugleich die gemeinschaftliche Solidarität in den Vordergrund zu rücken. Diese Konzepte werden jedoch je nach nationalen Interessen sehr unterschiedlich und gegensätzlich interpretiert. Die Empfänger von Mitteln aus den europäischen Strukturfonds verstehen unter gemeinschaftlicher Solidarität die unverminderte Fortsetzung der EU-Förderung, während die Nettozahler mit dem Solidaritätsbegriff den Gedanken verbinden, dass ihre begrenzten Finanzierungsspielräume berücksichtigt werden.

Der effiziente Einsatz der Ressourcen scheint unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung die einzige Möglichkeit, um die bei den Unionsbürgern und den internationalen Partnern der EU zweifellos gewachsenen Erwartungen an die Handlungsfähigkeit der EU ebenso angemessen zu erfüllen, wie die mit dem Vertrag von Lissabon der EU zusätzlich übertragenen Aufgaben. Angesichts der schwierigen politischen Rahmenbedingungen scheint nur der Reformweg einer langsamen, wenig transparenten und möglichst unspektakulären Umschichtung von EU-Geldern innerhalb der bestehenden Ausgabenblöcke realistisch. Die EU hat diesen Weg der verdeckten Umschichtung bereits beschritten: mit der »Lissabonnisierung« der Kohäsionspolitik, also der Ausrichtung der Strukturfondsförderung auf die Ziele der EU-Wachstumsstrategie, und mit der zweiten Säule der Agrarpolitik. Die Überlegungen der EU-Kommission zeigen, dass sie diese Instrumente der kaum wahrnehmbaren Modernisierung des EU-Budgets

auch für den nächsten Finanzrahmen nutzen will. Nur mit Hilfe einer solchen langsamen Umschichtung könnte unter den Mitgliedstaaten ein Konsens ausgehandelt werden, der zwischen ihren divergierenden Interessen vermittelt und allen Akteuren die Chance bietet, sich als »Gewinner« zu fühlen und sich der eigenen Klientel entsprechend zu präsentieren.

Allerdings bleibt dieser Weg des graduellen Wandels problematisch, denn die oben aufgezeigten neuen Rahmenbedingungen, die mit der Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden sind, erfordern ein mutigeres Vorgehen. Außerdem könnte das pragmatisch-realpolitische Vorgehen die verbreiteten Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der EU noch verstärken. Und zweifellos untergräbt diese Option der verdeckten Umschichtung die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu dem an sich schon wenig transparenten Verfahren und dem Verhandlungsergebnis. Die EU läuft also Gefahr, mit einer Verschleierung der politischen Kompromisssuche und dem Verzicht auf eine Begründung der Verhandlungsergebnisse einer schleichenden Delegitimierung der Union Vorschub zu leisten.

ADRESSENVERZEICHNIS DER VERANSTALTER

Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek
Telefon: 04347 / 704-800
Fax: 04347 / 704-809
E-Mail: info@alr-sh.de
http://www.alr-sh.de

Akademie Sankelmark
Europäische Akademie Schleswig-Holstein
Academia Baltica
Akademieweg 6
D-24988 Oeversee
Telefon: 04630 / 550
Telefax: 04630 / 55199
E-Mail: info@eash.de

Arge Ländlicher Raum
Geschäftsstelle
Postfach 220012
80535 München
Tel.: 089 / 2182 2332
Anmeldung unter:
www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de
Rückfragen bitte an:
gerhard.faix@lel.bwl.de

Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek
Tel: 04347 / 704 780
Fax: 04347 / 704 790
E-Mai: info@bnur.landsh.de

Nordsee Akademie
Flensburger Str. 18
25917 Leck
Tel: 04662 87050
Fax: 04662 870530
E-Mail: info@nordsee-akademie.de
www.nordsee-akademie.de

Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek

B E I T R I T T S E R K L Ä R U N G

Hiermit beantrage ich die Aufnahme als persönliches/institutionelles*
Mitglied in die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Name | Vorname | Beruf

Privatanschrift:

Straße | PLZ/Wohnort

Telefon/Fax | E-Mail

Dienstanschrift:

Straße | PLZ/Wohnort

Telefon/Fax | E-Mail

Der Jahresbeitrag beträgt für Privatpersonen EURO 70,00
für Institutionen EURO 300,00

Wir bitten um Überweisung auf folgendes Konto:

Akademie für die Ländlichen Räume S.-H. e.V.
Förde Sparkasse
BLZ 210 501 70, Konto Nr. 2 14 44

Ort, Datum | Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

U 3

U 4